

3. Forschungsprogramm

3.1 Forschungsidee und zentrale Begriffe

„A ‚crisis of authority‘ has overtaken America and the West generally“
New York Times, July 1st, 1979.

„Trust Is Collapsing in America“
The Atlantic, January 21, 2018.

In der USA-bezogenen Forschung und der öffentlichen Wahrnehmung verbindet sich mit den Begriffen Autorität und Vertrauen ein profundes Krisenbewusstsein. Meinungsforscher diagnostizieren einen dramatischen Autoritäts- und Vertrauensverlust zentraler politischer Institutionen, gesellschaftlicher Eliten, und traditionellerer Medien- und Expertenkulturen (Knag 1997; Hetherington 2005; Hayes 2012; Taranto 2013; Fraser 2017, Brooks 2020, Nichols 2017; Cooley/Nexon 2020). Als mögliche strukturelle Ursachen werden u.a. wachsende soziale Ungleichheit genannt, soziokulturelle und räumliche Segregation, parteipolitische Polarisierung und schwindende zivilgesellschaftliche und staatliche Infrastrukturen im Zuge der postindustriellen Globalisierung und einer zunehmend an ökonomischer Effizienz orientierten Rationalisierung der Städteplanung und Finanzpolitik (Packer 2013; Bartels 2008; Stiglitz 2012; Noah 2012; Reeves 2017; Fraser 2017, Klein 2020). Das Vertrauen in die Effizienz und Fairness des Gemeinwesens, so die verbreitete Diagnose, sei in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr geschwunden. Ein aggressiver Anti-Establishment-Populismus und wild wuchernde Verschwörungstheorien (Butter 2012, Paul et al. 2019; Iyengar et al. 2019; Butter/Knight 2020) finden in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit große Resonanz, nicht erst seitdem der Mythos des Wahlbetrugs („Stop the Steal“) zum Sturm aufs Kapitol geführt hat. Auch in den aktuellen Diskussionen um Polizeigewalt gegen Schwarze („black lives matter“) manifestiert sich ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Funktionsträgern. Die innere Autoritäts- und Vertrauenskrise der amerikanischen Gesellschaft ist für die Stellung der USA als Weltmacht folgenreich, da die internationale Gemeinschaft die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihre traditionelle globale Führungsrolle zu erfüllen, nicht erst seit der Trump-Administration mit zunehmender Skepsis betrachtet (Carnegi/Carson 2019; Krastev 2019; Butler 2020; Haass 2013; Musgrave 2019, Böller/Werner 2021).

Für die am Kolleg beteiligten Wissenschaftler*innen und Kollegiat*innen bilden die skizzierten Krisendiskurse lediglich den Ausgangspunkt für eine interdisziplinäre Erforschung von Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Gesellschaft und Kultur. Ob die in der zeitdiagnostischen Publizistik gängigen Begriffe wie Krise, Niedergang, Verfall oder Verlust tatsächlich brauchbare Analysekatoren liefern, ist allerdings fraglich, denn bei näherem Hinsehen ergibt sich ein komplexes und bisweilen widersprüchliches Bild: Einerseits zeichnet sich die amerikanische Kultur durch eine historisch tief verwurzelte Skepsis gegenüber Autoritätsansprüchen aller Art aus. Das Misstrauen gegenüber der Staatsgewalt (Wills 1999), der antielitäre Populismus und der libertäre Individualismus gelten geradezu als Inbegriff des „American Creed“, der Amerika von den etatistischen europäischen Kulturen unterscheidet und sich in unterschiedlichen Ausprägungen über das gesamte politische Spektrum wie auch in der amerikanischen Wirtschaftspolitik mit seinen gering ausgeprägten korporatistischen Strukturen findet (Lipset 1996). Andererseits entfalten staatliche (z.B. Militär, Strafjustiz), wirtschaftliche (Großunternehmen) sowie kulturelle und gesellschaftliche Institutionen (z.B. *foundational texts* wie Verfassung und Bibel, religiöse Gemeinschaften, künstlerisch-literarische Öffentlichkeiten, zivilgesellschaftliche Vereinigungen, wissenschaftliche Expert*innen, populäre *opinion leaders*) weitreichende Autoritätspotenziale. Autorität und Vertrauen verschwinden nicht einfach, sondern ihre Orte, Quellen, Akteure und Funktionen verändern und verschieben sich sowohl im innergesellschaftlichen als auch im internationalen Raum permanent. Die Frage nach den zugrundeliegenden Mechanismen und Prozessen der Entstehung und Transformation von Autorität und Vertrauen aus einer breiten wie tiefgehenden interdisziplinären Analyse heraus bildet daher das gemeinsame Erkenntnisinteresse der beteiligten PIs und Kollegiat*innen. Dabei sind sich die beteiligten Wissenschaftler*innen bewusst, dass Klagen über den Verfall von Autorität und Vertrauen weder neu sind, noch sich auf die amerikanische

Gesellschaft beschränken. Steven Shapin (1994) hat gezeigt, dass höchst fragile soziale Vertrauensverhältnisse schon in der frühen Neuzeit zentral für die Verhandlung autorisierten Wissens innerhalb einer umkämpften Gelehrtenrepublik waren. Und auch die „Krise der Autorität“ ist ein Charakteristikum des Diskurses über die Moderne (Furedi 2013, 11), wobei die Kritik an konkreten Autoritäten jedoch nicht mit der Ablehnung der Idee der Autorität verwechselt werden darf (Krieger 1977, 249-50).

Unserem Forschungsprogramm liegt ein Verständnis von Autorität und Vertrauen als relationale und komplementäre Konzepte zugrunde, die sich in der ersten Antragsphase bewährt haben. Autorität hat einen engen semantischen Bezug zur Legitimität. Während Macht, nach der berühmten Definition Max Webers, die Fähigkeit bezeichnet, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben des Anderen (etwa mit militärischer oder ökonomischer Dominanz) durchzusetzen, verbindet sich der Autoritätsbegriff mit dem Vermögen, freiwillige Gefolgschaft zu erwirken (Weber 1972, 28; Furedi 2013, 9). Im Gegensatz zur Tyrannei (Snyder 2017) produziert also Autorität eine Deferenzhaltung (Shils 1982; Friedman 1990; Soper 2002, Hauswald 2018), d.h. eine Zuegandtheit zur legitimierte Macht, die sich nicht zur bloßen Reaktion auf Zwangsgewalt oder rational-argumentativer Überzeugung reduzieren lässt (Arendt 1961, 92-3, 1972, 144). Denn der Wahrnehmung von Autorität liegt eine affektive Intensität jenseits strategischen Kalküls, rationaler Argumentation und empirischer Machtdifferenziale zugrunde, die mit Konzepten wie „Vertrauenserfahrung“ oder „Vertrauensklima“ näher beschrieben werden kann. Einer Autorität zu vertrauen erfordert nicht nur spezifische Wahrheitsansprüche oder Überzeugungen (Webers „Legitimitätsglaube“ [1972, 122ff]), sondern auch eine „vertikale Resonanzbeziehung“ (Rosa 2019, 258ff.), ein implizites Wissen oder „Gefühl“ (Paul 2015) dafür, ob ein spezifischer Wahrheitsanspruch oder eine spezifische Überzeugung mit einer höheren Ordnung (moralisch, zivil-sakral, kulturell, religiös, usw.) in einem „stimmigen“ Verhältnis steht. Im Gegensatz zu objektivierbaren Parametern empirischer Kräfteverhältnisse (etwa ungleich verteilte ökonomische, militärische oder politische Machtpotentiale) beruht Vertrauen in legitime Herrschaft auf komplexen „structures of feeling“ (Flatley 2008, 26-7) bzw. „Atmosphären“ des Vertrauens (Böhme 2017, Zhang 2018, Bille et al. 2015, Griffero/Tedescini 2019; Leyoldt 2021), die vornehmlich mit ethnographisch-hermeneutischen Methoden erfasst werden können. Die entscheidende Prämisse unseres Forschungsprogramms ist, dass sich Transformationen gesellschaftlicher Autorität besser verstehen lassen, wenn sie mit Bezug auf die gelebte Erfahrung soziokultureller Vertrauensbeziehungen betrachtet werden. Gleichzeitig lässt sich der in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung inzwischen prominente Begriff des Vertrauens deutlicher schärfen, indem die Spezifik von Autoritätsvertrauen näher beleuchtet und von anderen Formen des Vertrauens abgegrenzt wird (Haukkala et al. 2018).

Autorität, Macht und Legitimität

Das Konzept der Autorität bezeichnet eine soziale Beziehung der legitimierte Über- bzw. Unterordnung und soll erklären, warum, wann und inwieweit Menschen die Gefolgschafts- und Geltungsansprüche von Personen und Institutionen anerkennen. Sowohl im Deutschen wie im Englischen haben die Substantive Autorität bzw. *authority* die Konnotation von starken, gut begründeten Geltungsansprüchen – der englische Plural *authorities* bezeichnet Institutionen, die auf eigener Rechtsgrundlage Macht ausüben. Dagegen haftet den Adjektiven autoritär bzw. *authoritarian* eine pejorative Bedeutung von Zwang und angemaßter Macht an (vgl. etwa Richard Sennetts [1993, 191-97] Hinweis auf die semantische Verbindung des Autoritätsbegriffs mit Vorstellungen von Paternalismus und Unmündigkeit, die seinem Gebrauch als analytischer Kategorie im Wege stehen). Diese doppelte Semantik ist nicht neu, vielmehr steht der Begriff der Autorität seit jeher in dem von Weber näher bestimmten Spannungsverhältnis zum Begriff der Macht. Bereits in der Antike war die Unterscheidung zwischen *potestas* als Zwangsgewalt und *auctoritas* als „Ansehensmacht“ geläufig (Rabe 1972, 383; Krieger 1968). Die Klassiker der politischen Soziologie gingen davon aus, dass die allein auf Gewaltanwendung und Drohung beruhende Zwangsgewalt historisch eine Ausnahmeerscheinung und typologisch einen Grenzfall darstellt und dass Herrschaft ohne ein gewisses Maß an Freiwilligkeit keine dauerhafte Grundlage haben könne. „Was man z.B. ‚Autorität‘ nennt“, so Georg Simmel (1908, 136), „setzt in höherem Maße, als man an-

zuerkennen pflegt, eine Freiheit des der Autorität Unterworfenen voraus“. Die „Motive der Fügbarkeit“ unter die Autorität reichen nach Max Weber (1972, 122) „von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen“, doch stets gehöre ein „bestimmtes Minimum an Gehorchen wollen [...] zu jedem echten Herrschaftsverhältnis“. Die Anwendung von Zwang und Gewalt bedeuten in dieser Sicht also geradezu das Eingeständnis mangelnder Autorität.

Mit dem Begriff der Legitimität ist die zentrale Frage nach den Grundlagen für die Anerkennung von Autoritäts- und Geltungsansprüchen aufgeworfen. Warum akzeptieren die Adressaten solche Ansprüche als sachlich, moralisch oder rechtlich bindend? Webers Typologie legitimer Herrschaft unterscheidet bekanntlich zwischen rationaler, traditionaler und charismatischer Herrschaft und prägt damit bis heute die sozial- und kulturwissenschaftliche Diskussion über den Autoritätsbegriff (Sennett 1993, 20-22; Furedi 2013, 5, 299-327): Die Wahrnehmung der Legitimität von Autorität ist für das Funktionieren und die Integration von Gesellschaften unverzichtbar, aber in der durch den Rationalisierungsprozess entzauberten Welt der Moderne sind die traditionellen Legitimationsquellen versiegt (oder in Webers Diktion: der Glauben an die „Heiligkeit altüberkommener Ordnungen und Herrengewalten“ [1972, 130]). Die rationale Autorität, also der „Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen“ (Weber 1972, 124), ist für sich allein jedoch nicht in der Lage, normative Letztbegründungen zu liefern, die eine ähnliche Bindewirkung wie die traditionale Autorität, etwa über die Religion, erzeugen könnten.

Webers berühmte Überlegungen zur charismatischen Herrschaftsform werfen daher die Frage auf, inwieweit die Schwäche der rational-legalen Autorität durch die Wahrnehmung der „Heiligkeit oder Heldenkraft oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen“ (1972, 124) aufgefangen werden kann. Allerdings versteht Weber die charismatische Autoritätsform als eine im Wesentlichen auf Krisensituationen beschränkte „außeralltägliche“ Legitimierungsquelle, die sich der Institutionalisierung (etwa als Amts- oder Erbcharisma) weitgehend entzieht. Damit zeigt sich Weber einem Modernisierungskonzept verpflichtet, das die Produktion von Legitimität in modernen Gesellschaften auf eine zunehmende Dominanz zielorientiert-prozeduraler und rational-bürokratischer Prozesse zurückführt und kulturellen Bedeutungen, imaginierten Welten (Mythen, Erzählungen) oder kulturellen Sakralisierungen eine geringere, etwa auf charismatische Störungen der Normalität beschränkte Rolle einräumt (Alexander 2011, 2; für eine alternative Weiterentwicklung des Weberschen Charismabegriffs, cf. Shils 1982, hierzu Schlette 2013). Entsprechend ist der Autoritätsbegriff durch „Subtraktionsnarrative“ (Taylor 2007, 22) geprägt worden, in denen die Modernisierung und Demokratisierung des sozialen Raums als Erosion hergebrachter Ordnungen betrachtet wird – als Niedergang des Sakralen, Entwertung moralischer Normen, Lockerung gesellschaftlicher Statushierarchien und als Pluralisierung der Lebensstile. In der politischen Öffentlichkeit der USA der letzten drei Jahrzehnte hat die Subtraktionsthese beide Seiten der sogenannten *culture wars* (Hunter/Wolfe 2006) definiert: Sowohl die liberale bzw. libertäre Forderung nach der Überwindung traditioneller moralischer und religiöser Dogmen zugunsten einer pluralistischen „Offenheit“ und Toleranz wie auch die im fundamentalistisch-konservativen Lager immer wieder formulierte Befürchtung einer drohenden moralisch-kulturellen Orientierungslosigkeit basieren auf einer fragwürdigen Gleichsetzung von Modernisierung mit Überwindung bzw. Verlust von Autorität. Demgegenüber haben neuere Ansätze in der Kultur- und Gesellschaftstheorie die anhaltende Relevanz soziokultureller Hierarchisierungen betont: Auch säkulare bzw. postklerikale, demokratisch-egalitäre und internationale Ordnungen bedürfen der Autorität und Legitimität (Hurd 1999).

Autorität, Zivilreligion und die Sakralität der Werte

Wie Jürgen Habermas und andere zeitgenössische Sozialtheoretiker ausgeführt haben, können selbst im demokratischen Rechtsstaat weder die Verfahrensnormen der Justiz noch demokratische Gesetzgebungsverfahren per se Legitimität beanspruchen, solange sie nicht an moralische Argumentationen gekoppelt werden (Habermas, 1992, 541-70; Joas 1996, Taylor 1989, 2007; Alexander 2006). Bereits Emile Durkheim (1981) hatte die funktional unverzichtbare Integrationskraft des Heiligen postuliert und argumentiert, dass die westliche Moderne mit dem Schwinden des traditionellen Christentums neuer Formen immanenter Transzendenz bedürfe. Robert Bellah

(1967) hat den in der Aufklärung (Rousseau) geprägten Begriff der Zivilreligion für den spezifischen Zusammenhang von Religiosität und Politik in der amerikanischen Kultur aufgegriffen, und im Anschluss an Bellah hat das Konzept auch in Europa einige Resonanz gefunden. Hermann Lübke (1981, 57) definiert Zivilreligion als „das Ensemble derjenigen Bestände religiöser Kultur“, die unabhängig von den spezifischen Religionsgemeinschaften die Bürger „an das Gemeinwesen binden und dieses Gemeinwesen selbst in seinen Institutionen und Repräsentanten als in letzter Instanz religiös legitimiert“.

Damit stellt sich die für die Autoritätsforschung zentrale Frage nach der Konsensfähigkeit moralischer Setzungen in pluralistischen Gesellschaften, die durch die Konkurrenz unterschiedlicher Wertesysteme gekennzeichnet sind. Das Subtraktionsnarrativ tendiert dazu, Prozesse der Modernisierung als Nullsummenkonflikte zwischen hierarchischer Autorität auf der einen und individueller Selbstverwirklichung auf der anderen Seite zu fassen. Die Wahrnehmung abnehmender Autorität schien in der Nachkriegszeit in dem Maße plausibel, wie die zunehmende Individualisierung von Lebensstilen als radikale Pluralisierung von Werten missverstanden wurde (vgl. etwa Alasdair MacIntyres 1964 formulierte These, „der Begriff der moralischen Autorität“ sei „nicht mehr brauchbar,“ denn er ergebe nur Sinn in Gemeinschaften mit Konsens über „akzeptierte Regeln“ [1967, 53]). Der Eindruck vom Ende moralischer Autorität der 68iger Generation inspirierte eine Fülle gegenkultureller Befreiungserzählungen (Binkley 2007, Frank 1997), und stärkte zudem die für den klassischen Liberalismus prägende Vorstellung von politischer Öffentlichkeit als wertneutralem Raum, in dem moralisch-religiöse Werte als Privatangelegenheiten betrachtet werden, die sich öffentlichen Legitimationsprozessen entziehen (vgl. etwa Rawls, 1971, 1993, kritisch hierzu Sandel 1998, Stout 2004, 2; Fatton/Ramazani 2008).

Tatsächlich jedoch genießen konkurrierende Wertesysteme in modernen Demokratien nicht ontologische Gleichheit, sondern stehen in einem kulturell erzeugten hierarchischen Spannungsverhältnis, ein Phänomen, das die PIs und Kollegiat*innen der ersten Förderphase mit einschlägigen Sozialtheoretiker*innen wie Andreas Reckwitz, Gisèle Sapiro, Hartmut Rosa, Omar Lizardo, Hans Joas und Jeffrey Alexander diskutieren konnten. Wie Hans Joas in seiner Studie über die Geschichte der Menschenrechte (2011) und in einem Heidelberger Workshop zur „Macht des Heiligen“ (2017) ausgeführt hat, entstehen kulturelle Werte in einem kollektiven Erfahrungsraum, der von den Polen der Sakralität und Profanität abgesteckt wird. Demnach sind auch scheinbar selbstverständliche moralisch-ethische Werte wie die Menschenrechte einem Sakralisierungsprozess geschuldet, der an Webers Typus der charismatischen Legitimität erinnert: Bestimmte Wertpraktiken erzeugen im Betrachter eine „affektive Intensität“ und „subjektive Evidenz“ (Joas 2011, 18), die sich rational-wissenschaftlichen Legitimierungen zu entziehen scheinen. Die Intensität von Sakralisierungen in der kollektiven Wahrnehmung hängt demnach von einer Vielzahl kultureller Topographien ab, aus denen sich, wie es der kanadische Philosoph Charles Taylor formuliert, die unterschiedliche performative „Stärke“ moralisch-ethischer Wertkategorien ergibt (1985, 16-21). Während „schwache“ Wertkategorien – „I like strawberry and you vanilla“ (2011, 297) – mit nahezu relativistischer Offenheit für das kulturelle Andere behandelt werden können, berühren starke Wertsetzungen, wie sie sich in den USA etwa in Debatten über Abtreibung, Todesstrafe, Folter oder ethnische Identitäten artikulieren, einen kollektiven Kern charismatischer Letztbegründungen, die Taylor als „hypergoods“ bezeichnet (1989, 63ff.; hierzu Leyboldt 2020). Auseinandersetzungen um solche starken Werte steigern die Intensität der gesellschaftlichen Konflikte und schmälern die Bereitschaft zur prozeduralen Neutralität.

Die Konzeptualisierung gesellschaftlicher Autoritätsbildungsprozesse unter den PIs und Kollegiat*innen profitierte insbesondere vom Dialog mit dem Kultursoziologen Jeffrey Alexander, der als Assoziierter des Graduiertenkollegs mehrfach seine neueste Forschung in Heidelberg vorstellte. Alexander sieht moderne Demokratien von der Wahrnehmung eines "civil sacred" geprägt, dessen institutionelle Basis in der Zivilsphäre verortet sei, d.h. an den Schnittstellen politischer, wirtschaftlicher, religiöser und literarisch-künstlerischer Bereiche (vgl. 2021, grundlegend 2006). Das Zivil-Sakrale gründet zwar in einem Ideal demokratischer Gleichheit, verweigert jedoch Akteuren und Praktiken die Anerkennung, die ein wie auch immer wahrgenommenes Außen zu den konsekrierten Werten repräsentieren und von der Solidargemeinschaft entsprechend als „toxisch“ betrachtet werden. Alexanders Ansatz zeigt die anhaltende sozio-politische Sprengkraft moralischer Autorität: Meinungsverschiedenheiten über konsekrierte Formen des „Zivilen“ neigen zur

identitätsstiftenden Konfliktlinien, die den öffentlichen Raum erheblich polarisieren können, insbesondere im Kontext der amerikanischen *Culture Wars* (Hartman 2015).

Die Verhandlung von Autoritätsansprüchen bleibt also auch in pluralistischen Gesellschaften eine Herausforderung. Im Zentrum des hier skizzierten Forschungsprogramms steht ein primär analytisches Erkenntnisinteresse daran, wie Autoritäts- und Geltungsansprüche unter den Bedingungen der modernen amerikanischen Gesellschaft begründet werden, wie sie sich auflösen, verändern oder durch neue ersetzt werden. Wie schaffen kulturelle Praktiken neue Zentren und Peripherien der Autorität, die sowohl den innergesellschaftlichen Raum wie auch die trans- und internationale Position der USA definieren? Wie äußert sich dies in der gebauten Umwelt sowie in den Alltagswelten und Praktiken der Menschen in den sozialen Gemeinschaften, urbanen Nachbarschaften und sozial produzierten Räumen? Wie erlangen partikuläre Werte öffentliche kulturelle Autorität mit globaler Ausstrahlung? Wie können unter den Bedingungen kulturell-normativer Polarisierung und Fragmentierung gleichwohl ein Sinn für Rechte und Pflichten und eine zivile Öffentlichkeit entstehen? Die Diskussion über eine spezifisch amerikanische Zivilreligion, die über alle Denominationsgrenzen und ethnischen, sozialen und politischen Trennungen hinweg eine gesamtgesellschaftliche Bindekraft gewinnt (Bellah/Hammond 1980), spielt bei diesen Fragen eine zentrale Rolle. Ähnliches gilt für die wachsende Bedeutung und Einflussnahme der Zivilgesellschaft als wichtiger Akteur in politischen Entscheidungsprozessen, etwa die „Recht auf Stadt“-Bewegungen der 2000er Jahre (Brenner et al. 2012), neue Konzepte einer Urban oder Global Citizenship (Isin 2002), die Bedeutung von Philanthropie sowie kulturelle Alltagspraktiken.

Autorität, Relationalität und Vertrauen

Vertrauen ist eine fundamentale Erfahrung sozialer Gemeinschaften, in der sich die Grenze zwischen legitimer Macht und bloßer Zwangsgewalt in der lebenspraktischen Wahrnehmung und Handlungsorientierung verankern lässt. Autorität als soziale Beziehung, die auf der freiwilligen Anerkennung von Geltungsansprüchen beruht, setzt Vertrauen in die Legitimitätsgründe der Autorität voraus, etwa in die Neutralität und Effizienz von Bürokratien, die Gerechtigkeit der Justiz oder die fachliche Expertise und Integrität von Wissenschaftler*innen oder Ärzt*innen (Giddens 1994, 93-97). Eine zentrale Fragestellung der Vertrauensforschung ist, wie sich der an interpersonalen „dichten“ Vertrauensbeziehungen wie Liebe, Freundschaft usw. gebildete Vertrauensbegriff auf „generalisiertes Vertrauen“ unter Fremden bzw. gegenüber Institutionen und Autoritäten übertragen lässt (Hartmann 2011, 27-28), zumal in einer so heterogenen Gesellschaft wie den USA. Die Vertrauensforschung unterscheidet zwischen altruistischem, moralisch begründetem Vertrauen und einem Vertrauen, das auf rationalem Interessenkalkül und Reziprozitätserwartungen beruht (Hartmann/Offe 2001, 27-30). Philosophisch-ethisch argumentierende Autor*innen lassen nur die erste Variante als „trust“ gelten und bezeichnen die zweite als „reliance“, weil sich der Vertrauensgeber lediglich darauf verlasse, dass beim Vertrauensempfänger ein hinreichendes Eigeninteresse vorliegt, sich erwartungskonform zu verhalten. Rational-Choice-Theoretiker*innen führen dagegen alle Vertrauensverhältnisse, vom persönlichen Vertrauen bis zum Vertrauen in Institutionen, auf interessegeleitete Reziprozitätserwartungen zurück (Hardin 2002). Jedoch liegt ein für die Zusammenhänge zwischen Autorität und Vertrauen wesentlicher Aspekt in der für alle Vertrauensverhältnisse konstitutiven Bereitschaft zum „Vertrauensvorschuss“. Genuines Vertrauen macht den Vertrauenden verletzlich, da er niemals sicher sein kann, ob sein Vertrauen nicht enttäuscht oder missbraucht wird; könnte er sicher sein, müsste er nicht mehr vertrauen (Möllering 2006, 6; Frevert 2013, 220). Vertrauen gründet sich demnach zumindest teilweise auf ein affektiv-emotionales und moralisch-kulturelles Fundament, das Simmel, mit Bezug auf die Kreditwirtschaft, als Form eines „sozial-psychologischen, dem Religiösen verwandten »Glaubens«“ beschrieb (Simmel 1900, 151-196; Möllering 2001, 413). Entsprechend bezeichnet Anthony Giddens (1990, 27) Vertrauen als „Erscheinungsform des Glaubens“: „a commitment to something rather than just a cognitive understanding“.

Der Vertrauensbegriff hat in den letzten dreißig Jahren in den Kultur- und Sozialwissenschaften vor allem wegen des oben skizzierten Krisenbewusstseins eine prominente Rolle eingenommen. Mit der sozialtheoretischen Einsicht, dass moderne Gesellschaften ein hohes Maß an sozialem und politischem Vertrauen benötigen (Giddens 1990; Luhmann 2009), verband sich die Frage,

ob eben dieses Vertrauen in letzter Zeit zunehmend verloren zu gehen drohe (e.g. Misztal 1996). Bislang haben sich freilich weder eine allgemeine Theorie des Vertrauens oder verlässliche Methoden zur „Messung“ von Vertrauen durchgesetzt, denn Vertrauensbeziehungen sind schwer zu objektivieren, vor allem für empirische Erhebungen, die nur individuelle Selbsteinschätzungen erfassen (Hartmann 2020). In den Umfragen des „World Value Survey“ findet sich etwa folgende Formulierung: „Würden Sie allgemein sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man im Umgang mit Menschen nicht zu vorsichtig sein kann?“ Es ist nicht ohne Weiteres klar, was genau durch solche Formulierungen gemessen wird bzw. wie sich die Antworten der Befragten zu ihrer gelebten Praxis verhalten (vgl. Sapienza et al. 2013, 1313). Nach Ansicht des Sozialhistorikers Charles Tilly bieten Selbsteinschätzungen zwar eine erste Orientierung, entscheidend sei jedoch der Blick auf die gelebte Praxis – in Tillys Formulierung: “if you trust me, don’t just tell me so; let me take charge of your children’s education, lend me your life’s savings for investment, take medicines I give you, or help me paint my house on the assumption that I will help you paint yours. If you don’t trust me, prove it by doing none of these things, and nothing like them” (2005, 12).

Eine der Ursachen für die Vertrauenskrise in den USA, die während der ersten Förderungsphase ins Zentrum der Medien und einschlägiger neuerer Forschung gerückt ist und in der zweiten Förderungsphase schärfer in den Blick genommen werden soll, ist die zunehmende Polarisierung der politischen Öffentlichkeit durch die Entstehung von „hyperpartisan publics“ (Weisbord et al., 2018, 32). Seit den 1970er Jahren hat sich die Kluft zwischen etablierten Wählerkulturen derart vertieft, dass man von einer „affektiven Polarisierung“ der Gesellschaft sprechen kann (Iyengar et al. 2019), d.h. einer Situation in der das Vertrauen der Menschen in Expertenurteile oder ihrer Wahrnehmung von „Fake News“ (Rini 2017) zunehmend von ihrer Einbettung in politisch-soziale Netzwerke abzuhängen scheint – bezeichnenderweise zeigt eine zu Beginn der COVID-Pandemie in den USA durchgeführte Studie (Clinton et al. 2020), dass die Einhaltung sozialer Distanzierungsvorschriften größtenteils mit parteipolitischen Affiliationen übereinstimmte, selbst in Gemeinden mit hohen Infektionsraten. Während also Anthony Giddens den Prozess der Modernisierung durch "disembedding" Effekte gekennzeichnet sah, die Vertrauensbeziehungen aus ihren „lokalen Kontexten“ heraushöben und an abstraktere Expertensysteme bänden (1990, 53), hat die affektive Polarisierung in den USA offenbar auch für signifikante „Re-Embedding“ Effekte gesorgt (Svolik 2020, McCoy/Somer 2019), wenn Vertrauen in moralische, politische und mediale Autoritäten von der Zugehörigkeit zu bestimmten Lebenswelten, Regionen, Klassenlagen, Religionen, Parteien oder ethnischen Identitäten abhängig wird.

Diese „Tribalisierung“ oder „Provinzialisierung“ von Vertrauensbeziehungen hat zudem erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Wahrnehmung von Autorität, da die affektive Polarisierung der Gesellschaft einen Teufelskreis von bürgerseitigem Misstrauen und repressiver Governance begünstigen kann, wie er etwa in den jüngsten Konflikten um Polizeigewalt gegen Afroamerikaner sichtbar wurde. Die Anerkennung bzw. Delegation politischer Macht basiert auf dem Vertrauen, dass diejenigen, denen Autorität und Zwangsmittel anvertraut werden, diese nicht zum Schaden der Regierten ausüben. Wird dieses Vertrauen nachhaltig enttäuscht, schwindet die Autorität der Regierenden. Dieser Zusammenhang ist keine zirkuläre Kausalaussage, sondern beschreibt einen empirisch beobachtbaren Rückkoppelungseffekt: Eine Polizei, die das Vertrauen der Bürger verliert, sieht sich aufgebrachten Demonstranten gegenüber; aufgebrachte Demonstranten provozieren polizeiliche Zwangsmaßnahmen, die wiederum das Misstrauen der Bürger verstärken. Die Spaltung der Öffentlichkeit durch parteipolitische Konfliktlinien trägt zur Eskalation dieser Abwärtsspirale in dem Maße bei, wie die polarisierten Gruppen den Wahrheitsansprüchen des jeweils anderen Lagers misstrauen: was die eine Seite für exzessive Polizeibrutalität hält („defund the police“) erscheint dann der anderen als notwendige Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung („law and order“). Ähnliche Teufelskreise entwickeln sich in der Wirtschaftspolitik, wenn eine Seite des politischen Grabens wirtschaftliche Interventionen als unausweichliche und unanfechtbare Kriseninterventionen in einer durch Sparmaßnahmen ausgehöhlten Sozialpolitik betrachtet, die andere diese für übertriebenen Staatsaktionismus, vielleicht sogar für „Sozialismus“ hält.

Ein wichtiger Strang der Vertrauensforschung versucht daher, die Autoritäts- und Legitimierungskrisen der letzten drei Jahrzehnte mit Blick auf die zivilgesellschaftlichen Grundlagen von interpersonellen Vertrauensbeziehungen zu beleuchten. So postuliert etwa Robert Putnam (1993; 2000) einen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen und der Verfügbarkeit von „sozialem Kapital“, d.h. der Anzahl von „schwachen Bindungen“ zwischen Mitbürgern, die in freiwilligen Vereinigungen des öffentlichen Lebens miteinander kooperieren. Putnams inzwischen ikonisches Bild des „bowling alone“ steht für eine Konjunktur individualisierter Freizeitaktivitäten, die als symptomatisch für die Ausdünnung sozialer Netzwerke und den Verlust gesellschaftlicher Solidarität betrachtet werden. Putnams Ansatz hat erhebliche methodologische Kritik auf sich gezogen (Kaufman 2002; Hardin 2006, 75-98; Tilly 2007, 85-6), aber seine Frage nach strukturellen Erklärungen für abnehmendes Vertrauen in staatliche Autorität bildet dennoch einen wichtigen Brennpunkt der empirischen Vertrauensforschung (vgl. Rainie et al. 2019). Ein zunehmender Konsens in der Vertrauensforschung betrachtet soziale Ungleichheit als wohl signifikantesten Parameter der Erosion von Vertrauen sowohl interpersonell als auch in staatliche Institutionen (vgl. etwa Uslaner 2002; 2008; 2012; Rothwell 2012; Abascal/Baldassarri 2015).

Daran anschließend legen Charles Tillys Arbeiten zu politischen Dimensionen gesellschaftlichen Vertrauens (2005, 2007) nahe, dass moderne Demokratien nicht nur Formen von „disembedded trust“ (in Giddens Sinne) oder das soziale Kapital schwacher Bindungen (à la Putnam) benötigen, sondern auch auf die Integration von „Vertrauensnetzwerken“ angewiesen sind, die aus starken zwischenmenschlichen Bindungen bestehen. Vertrauensnetzwerke, wie sie klassischerweise von Verwandtschaftsbeziehungen, religiösen Gruppen, Handelsdiaspora, oder Migrationsnetzwerken (Tilly 2005, 6) gebildet werden, bestehen seit Jahrtausenden sowohl außer- als auch innerhalb staatlicher Herrschaftsstrukturen, und ihre Integration in die öffentliche Politik bleibt auch im 21. Jahrhundert eine wichtige Voraussetzung für demokratisch legitimierte Herrschaftsformen. Denn auch die stabilsten Demokratien, wie Tilly mit Blick auf die USA formuliert, würden „verwundbar“ wenn ein Rückzug von Vertrauensnetzwerken zur Trennung privilegierter Gruppen vom Gemeinwohl führt (etwa durch die Privatisierung der sozialen Sicherheit oder des Gesundheitswesens, den Rückzug von Eliten oder Minderheiten aus öffentlichen Schulen, usw.) (Tilly 2005, 150, 11).

Tillys Arbeiten betonen die *Relationalität* von Vertrauen, die auch in der neueren Forschung zur Netzwerkabhängigkeit der Wahrnehmung kultureller „Fremdheit“ eine zentrale Rolle spielt. Wie etwa die Studien von Wimmer (2013, 2018) und Wacquant (2007) zeigen, ist das Vertrauen in eine wie auch immer wahrgenommene kulturelle Alterität nicht nur eine Frage bürgerseitiger Toleranz- oder Empathiefähigkeit, sondern auch durch strukturelle Interdependenz- und Beziehungsverhältnisse im sozialen Raum bestimmt. Diese Relationalität von Vertrauen wird vor allem für eine Stadtforschung interessant, die Vertrauen als eine Beziehung zu Individuen, Institutionen oder auch zur Umwelt versteht (Frederiksen 2014). Demnach entfaltet sich Vertrauen aus konkret situierten Erwartungen heraus (Lewis & Weigert 2012), so dass das Weltverhältnis entscheiden kann, wie und ob Vertrauensbeziehungen eingegangen werden, inwiefern man sich durch diese Beziehungen abgrenzt oder definiert. Vertrauen wird damit zu einem Beziehungsgeflecht, das zu einer sozialen Wirklichkeit wird, indem es sich über Räume spannt (Lewis & Weigert 1985). Somit kann Vertrauen auch als eine entscheidende Komponente im städtischen Zusammenleben, in der Planung von Nachbarschaften und Großprojekten, in der städtischen Governance oder auch in urbanen Protestbewegungen betrachtet werden. Arbeiten von Mössner (2010) und Lobeck & Wiegandt (2019) zeigen, dass eine gelungene Stadtentwicklung heute nicht mehr möglich ist, wenn Bürger*innen das Gefühl haben, dass ihnen kein Vertrauen und damit kein Mitspracherecht geschenkt wird. Gesundes Misstrauen kann dann schnell eine destruktive Macht entfalten und neue Konfliktlinien innerhalb städtischer Gesellschaften aufwerfen (Gerhard & Keller 2019). Auch in den anderen Bereichen des sozialen Raums im weitesten Sinne – in Feldern der Kultur, Politik, (Zivil)Religion, Wirtschaft, etc. – ist die Relationalität von Vertrauen, d.h. die Abhängigkeit von Vertrauensatmosphären von konkreten Figurationen zwischen Räumen, Menschen und Dingen, ein zentraler Aspekt für das Verständnis für den Wandel von Autorität.

Erkenntnisinteresse und Interdisziplinarität

Mit den Analysekategorien Autorität und Vertrauen steckt der Antrag ein weites Erkenntnisinteresse ab, das staatliche und private Akteure, soziale und ökonomische Strukturen, Institutionen und Diskurse ebenso umfasst wie räumliche Dimensionen und transnationale Verflechtungen. Wie sich in der ersten Förderungsphase gezeigt hat, ist die Erforschung des Zusammenhangs von Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Geschichte, Kultur, Politik und Gesellschaft für sich genommen bereits als ein überaus ambitioniertes Vorhaben, das zunächst einmal profunde und vielfältige Amerika-Expertise erfordert. Entsprechend würde eine umfassend systematisch vergleichende Perspektive auf Autorität und Vertrauen über die USA hinaus eine thematische und forschungspraktische Überfrachtung des Graduiertenkollegs riskieren. Dennoch sind vergleichende und transkulturell ausgerichtete Projektvorschläge, wie sie bereits in der ersten Antragsphase aufgenommen wurden (etwa die Dissertation von Tim Sommer zum transatlantischen literarischen Raum), weiterhin willkommen. In der zweiten Phase soll der Blick auf globale Vernetzungen weiter ausgebaut werden, insbesondere in Richtung auf Migrationsbewegungen und „Mobilities“ im interamerikanischen Raum.

Für das mit dem Graduiertenkolleg verbundene interdisziplinäre Forschungsprogramm bestehen am Heidelberg Center for American Studies optimale Voraussetzungen. Bislang beteiligten sich Wissenschaftler*innen der am HCA vertretenen Disziplinen Geographie, Geschichte, Philosophie, Literatur-, Kultur-, Religions- und Politikwissenschaften. Für die zweite Phase planen wir Erweiterungen in Wirtschaftsgeschichte, Philosophie und Migrationsforschung. Das Forschungsprogramm beruht auf einem gemeinsamen Verständnis von Autorität und Vertrauen entsprechend dem oben erläuterten Diskussionsstand, legt die Beteiligten aber nicht auf konkrete theoretische Ansätze und Methoden fest. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass der Zweck eines Graduiertenkollegs nicht darin besteht, dass die Kollegiat*innen vorgegebene Hypothesen und Theorien prüfen, sondern in einem „bottom-up“-Prozess ihre eigenen Ideen und Konzepte in den hier definierten Rahmen einbringen.

Die interdisziplinäre Ausrichtung des hier vorgeschlagenen Forschungsprogramms ergibt sich aus der regionalwissenschaftlich ausgerichteten und auf Synthese hin orientierten Fragestellung. Dass Gesellschaften und Kulturen aus der Perspektive mehrerer Disziplinen erforscht werden, ist ein etabliertes Prinzip, das in Deutschland wie international in zahlreichen Regionalinstituten seit langem praktiziert wird. Dies gilt auch und gerade für die Amerikaforschung, deren interdisziplinäre Ausrichtung in Deutschland bis in die 1960er Jahre zurückreicht. Das Heidelberg Center for American Studies stellt sich bewusst in diese Tradition, erweitert diese und will sie mit dem für das Kolleg avisierten Forschungsprogramm weiterentwickeln.

Autorität und Vertrauen sind auf Synthese angelegte Konzepte, die Expertise aus mehreren Disziplinen erfordern, um die intellektuellen Horizonte der Kollegiat*innen zu vergrößern. Dabei steht nicht zu befürchten, dass die Kollegiat*innen sich auf ein unüberschaubares Karriererisiko einlassen. Erstens haben sie die Möglichkeit, ihre Projekte disziplinär zu verankern. Ein*e Kollegiat*in, die zu einem historischen Schwerpunkt arbeitet, wird an der Philosophischen Fakultät promovieren und als Historiker*in mit besonderer USA-Expertise wahrgenommen werden; dasselbe gilt analog für geographische, kultur- und politikwissenschaftliche Arbeiten, die zur Promotion an der Fakultät für Chemie und Geowissenschaften, der Neuphilologischen Fakultät bzw. der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften führen. Zweitens sind die American Studies sowohl national als auch international durchaus als eigenständiges Fach etabliert. Dass der interdisziplinäre Zugang zur Nordamerikaforschung intellektuell und akademisch fruchtbar und ziel führend ist, belegt u.a. die erfolgreiche Arbeit des John F. Kennedy-Instituts in Berlin.

3.2 Forschungsprogramm im Einzelnen

Das im ersten Antrag gewählte Format der drei thematisch definierten Forschungsfelder, welche sich an den Spezialisierungen der Antragsteller*innen orientieren, hat sich insgesamt bewährt und soll daher fortgeführt, zugleich aber neu akzentuiert werden. Historische Veränderungen und in den letzten drei Jahren gewonnene Erkenntnisse haben zur konzeptuellen Weiterentwicklung der Forschungsfelder geführt. Insbesondere belegen die jüngsten Entwicklungen in der US-amerikanischen Zeitgeschichte die Zentralität und Aktualität der Forschungsausrichtung auf Autorität

und Vertrauen (s. o.). Sowohl die Arbeiten der Doktorand*innen als auch die eigenen Forschungen der Antragsteller*innen haben somit Auswirkungen auf die Forschungsfelder, die weiterhin auf den Interessen und Kompetenzen der teilweise neu hinzugekommenen Antragsteller*innen beruhen, aber zugleich zentrale und aktuelle Problem- und Konfliktkonstellationen der amerikanischen Gesellschaft und Kultur in Geschichte und Gegenwart aufgreifen. Die Forschungsfelder sind bewusst offen definiert und markieren keine Grenzen, sondern erfordern auch weitere Kooperation. Vor allem sollen die drei Felder den Kollegiat*innen Orientierung geben, in welche Richtung sie ihre eigenen Ideen und Projekte entwickeln können und wollen. In der Arbeit mit den Postdocs hat sich während der ersten Förderungsphase zudem gezeigt, dass durch das Aufgreifen transversaler Themen (für die ersten beiden Kohorten etwa „Polarisierung“ und „Populismus“) besondere Synergien zur Vernetzung der Kollegiat*innen entstanden sind. Für die zweite Förderungsphase planen wir dies zu verstärken, indem wir zwei Postdoc-Stellen mit Blick auf transversale Themen besetzen werden, um die interdisziplinäre Kommunikation der Kohorte zu unterstützen – mögliche transversale Themen wären etwa Stadt und (Zivil-)Religion, Autorität sozialer Medien, Polarisierung sozialer Netzwerke, Public Sentimentalism, Kuration kulturellen Erbes, etc.

Forschungsfeld 1: Die Autorität des Staates und das Vertrauen in politische und soziale Institutionen

Die Bedeutung von Autorität und Vertrauen für das Funktionieren des modernen Staates und seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen ist evident. Weder nach innen noch nach außen kann sich staatliches Handeln dauerhaft auf physischen Zwang gründen, sondern benötigt beide Legitimitätsquellen der Autorität, nämlich die Fähigkeit, Herrschaft ohne Zwang auszuüben, und die als legitim anerkannte Macht, durch Zwangsmittel zu herrschen (Krieger 1977, 251-52). Dies gilt ganz besonders für die repräsentative Demokratie und ihre Institutionen. Funktionierende und als fair und legitim wahrgenommene Institutionen schaffen die Voraussetzungen für soziales Vertrauen. Dazu gehört systemisch auch das „institutionalisierte Misstrauen“ im Sinne der Verfassungskonzeption der amerikanischen Gründergeneration. Fraglich ist jedoch, wann Misstrauen und Skepsis gegenüber Regierung und Staatsgewalt so weit gehen, dass die institutionellen Grundlagen und damit die Voraussetzungen sozialer Kooperation selbst kollabieren (Fukuyama 1995; Nye et al. 1997; Cook et al. 2009, 4-5). Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben dieser Frage eine hohe Dringlichkeit gegeben. Während die USA auf Kerngebieten staatlichen Handelns wie der Wirtschaftspolitik stets durch ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber staatlicher Intervention geprägt waren und korporatistische sowie sozialstaatliche Elemente im 20. Jahrhundert im Vergleich zu Westeuropa vergleichsweise gering entwickelt blieben, hinterließ der neoliberale Kurswechsel der 1980er Jahre hier besonders augenscheinliche sozioökonomische, gesellschaftliche und politische Spannungen und Kluften (Hall/Soskice 2001; Piketty 2014). Beobachter warnen seit längerer Zeit, dass in den USA die Fundamentalkritik am modernen Interventionsstaat inzwischen eine neue, extreme Qualität angenommen hat und zunehmend einem militant individualistischen Gesellschaftsbild Vorschub leiste, das den sozialen Zusammenhalt unterminiere (Lilla 2010). Wo sich, wie in den ethnischen Ghettos der US-Metropolen, staatliche Autoritäten aus Verantwortlichkeiten zurückziehen und kein Vertrauen genießen, kommt es auch zur Zerrüttung des sozialen Vertrauens innerhalb der Nachbarschaften, zu Gewalt und Kriminalität (Wacquant 2007). Die seit Mitte 2014 anhaltenden Konflikte um Polizeigewalt gegen die afroamerikanischen Bewohner*innen sind, wenngleich kein neues, so doch ein besonders auffälliges Symptom dieser Entwicklung.

Der Anspruch des Staates auf das Monopol legitimer Gewaltausübung bildet den Kernbereich und die normative Prämisse moderner Staatlichkeit (Weber 1972; Elias 1997), auch wenn seine faktische Verwirklichung notwendig unvollständig bleibt. Das staatliche Gewaltmonopol und die damit einhergehende Eindämmung interpersonaler Gewalt gilt vielen Autoren als Voraussetzung für das Entstehen von Vertrauensbeziehungen in der Moderne (Reemtsma 2008; Baberowski 2014, 23-25). Sowohl historisch als auch in der Gegenwart war und ist die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols, jedenfalls im Vergleich zu Westeuropa, in den USA bemerkenswert schwach ausgeprägt. Nicht nur verzeichnen die USA von allen westlichen Gesellschaften das bei weitem höchste Niveau interpersonaler Gewalt (Roth 2009; Zimring 2007; Pinker 2011). Nirgendwo sonst besitzt die Ausübung privater Gewalt eine ähnlich hohe rechtliche und kulturelle

Legitimität, einschließlich des verfassungsrechtlich garantierten Individualrechtes auf Waffenbesitz, eines expansiven Konzeptes legaler Notwehr und einer langen historischen Tradition kollektiver Selbsthilfe und Selbstjustiz, die sich immer wieder in Vigilantismus und Lynchjustiz manifestierte (Berg 2011 u. 2014; Brown 1975 u. 1991; Spierenburg 2006). Um die Wende zum 21. Jahrhundert entstand am rechten Rand der amerikanischen Gesellschaft eine schwerbewaffnete „Milizbewegung“, die sich auf das Recht zum bewaffneten Widerstand gegen einen angeblich tyrannischen Staat berief (Churchill 2009; Crothers 2003). Regelmäßig erschüttern Amokläufe und Massaker die amerikanische Öffentlichkeit (Kellner 2008), jedoch ohne erkennbare Konsequenzen für die Akzeptanz privaten Waffenbesitzes und Waffengebrauchs. Während die Panegyriker des bewaffneten Bürgers behaupten, individueller Waffenbesitz erhöhe die Sicherheit der gesamten Gesellschaft, liegt die umgekehrte Hypothese nahe, dass zwischen Waffenkult, privater Gewalt und schwachem sozialen Vertrauen ein Zusammenhang besteht.

Zwar behandelt eine umfangreiche historische, sozial- und kulturwissenschaftliche Literatur das Thema Gewalt in Amerika, doch die zentrale Frage nach den Gründen für die Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols ist von der US-Forschung vernachlässigt worden. Warum leisten private Akteure Widerstand gegen das Gewaltmonopol des Staates bzw. treten in Konkurrenz zu ihm? Wie versuchen staatliche Autoritäten ihr Gewaltmonopol durchzusetzen? Welche Konflikte entstehen in diesem Zusammenhang? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Schwäche des staatlichen Gewaltmonopols für das soziale Vertrauen? Die Frage nach der Autorität und Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols eröffnet zahlreiche Perspektiven für die empirische Forschung, die sich auf Diskurse und Ideologien ebenso wie auf soziale, politische und rechtliche Praxis beziehen kann.

Im Hinblick auf das amerikanische Verhältnis zur Legitimität staatlicher Institutionen fällt immer wieder die Paradoxie ins Auge, dass der Staat einerseits als „notwendiges Übel“ gilt, das auf ein Minimum beschränkt werden müsse (Lipset 1996; Wills 1999), wie etwa in der Wirtschaftspolitik, vielen staats-skeptischen Konservativen jedoch der Staat im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit gar nicht stark genug sein kann (Micklethwait/Wooldridge 2004). Vor allem die Strafjustiz ist in den vergangenen Jahren in die Diskussion geraten, denn die USA haben das drakonischste Strafrecht in der westlichen Welt und mit rund 700 Gefängnisinsassen pro 100.000 Einwohner die weltweit höchste Inhaftierungsquote. Da Afroamerikaner und auch Hispanics unter der Gefängnisbevölkerung weit überrepräsentiert sind, sprechen Kritiker von einem neuen System der Rassentrennung und Diskriminierung (Sentencing Project 2013; Alexander 2010). Strafverfolgung, Strafjustiz und Strafvollzug sind die öffentlichen Institutionen, die am meisten zur Polarisierung der Rassenbeziehungen und zum Misstrauen vieler Schwarzer und Hispanics gegenüber dem Staat beitragen. Die Frage nach Autorität und Vertrauen betrifft freilich die gesamte Rechts- und Verfassungsordnung der USA, deren Fähigkeit, rechtlich verbindlichen Konsens zu stiften, zunehmend fraglich erscheint. So ist der Oberste Gerichtshof der USA weit stärker politisiert als etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht und seit inzwischen mehr als einem halben Jahrhundert immer mehr in den Sog der gesellschaftlichen und kulturellen Polarisierung geraten (Berg/Gosewinkel 2008). Dies zeigt sich auch in den jüngsten Zahlen der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie. So sind Afroamerikaner*innen überproportional von Ansteckung betroffen, auch ihre Todesrate ist deutlich höher. Dies lässt sich auf eine Vernachlässigung bei der Krankenversorgung, aber auch durch ein Misstrauen in staatliche Gesundheitsversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen zurückführen.

Ein tiefes Misstrauen gegenüber staatlicher Intervention in Form wirtschaftspolitischer Eingriffe betrifft die wichtigsten Grundfunktionen des modernen Wohlfahrts- und Interventionsstaates wie insbesondere die Konjunktursteuerung und die Umverteilungsfunktionen fiskalischer Maßnahmen. Während in nahezu allen OECD Staaten seit den 1980er Jahren ein Umbau eines auf Transferzahlungen und die Bekämpfung der Einkommensarmut fokussierten Sozialstaates zu einem aktivierenden, auf Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichteten Sozialstaat erfolgte, sind aktivierende Sozialstaatsmaßnahmen wie die aktive Arbeitsmarktpolitik in den USA bis heute kaum entwickelt, während die traditionellen Sicherungsnetze des Sozialstaates seit den 1980er Jahren immer größere Lücken aufweisen. Ein beachtenswertes Maß objektiver sozialökonomischer Chancenlosigkeit des Einzelnen trifft in den USA auf gesellschaftlich und kulturell vermittelte, historisch tief

verwurzelte Vorstellungen von Opportunity als zentralen amerikanischen Wert und führen im Ergebnis zu Misstrauen gegenüber einem „rigged system“ (Werner 2015). Andererseits steht einem Großteil der amerikanischen Bevölkerung aufgrund ihrer weltbildlichen Prägungen nicht der Weg offen, sozialdemokratische oder sogar sozialistische Lösungswege zur Bekämpfung ihrer sozio-ökonomischen Malaise in Erwägung zu ziehen, wenngleich der reformerische Flügel der Demokratischen Partei erstarkt ist (Lipset/Marks 2000). Prekäre Situationen entstehen in den USA auch durch ein wachsendes Misstrauen gegenüber den wirtschaftspolitischen Errungenschaften der Konjunktursteuerung. Maßnahmen der Fiskal- und Geldpolitik, wie sie seit der Großen Depression der 1930er Jahre im nordatlantischen Raum enorme Fortschritte bei der Stabilisierung des Konjunkturzyklus und damit auch der politischen Verhältnisse gemacht haben, werden im Politikprozess der USA zunehmend in Frage gestellt. Nicht zuletzt die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat die tiefe Skepsis genährt, dass die amerikanische Vormachtstellung in der Weltwirtschaft zum Vorteil aller Bürger ist (Norrlof 2018, Werner 2017).

Das in Umfragen ermittelte Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung in die Staatsgewalt und insbesondere in die Bundesregierung verharrt seit langem auf historischen Tiefständen, doch beschränkt sich die Erosion des Vertrauens nicht auf staatliche Autoritäten bzw. die politischen Parteien und Akteure. Langzeitstudien zeigen, dass auch wichtige gesellschaftliche Institutionen wie z.B. Medien, Bildungswesen, Unternehmen, Banken, organisierte Religion sowie Expertenwissen allgemein seit den 1970er Jahren deutlich an Vertrauen verloren haben. Einen Begriff aus der politischen Kommunikationsforschung aufgreifend, der in den medienpolitischen Diskussionen in Deutschland seit den 1980er Jahren immer wieder auftaucht (vgl. Schwarzkopf 2006: 242-249; Kamman 1997), könnte man für den US-amerikanischen Fall einen Prozess der „Entautorisierung“ klassischer, staatstragender sozialer und politischer Institutionen – z.B. der etablierten Medien, des universitären Expertenwissens, der klassischen Feuilleton-Intellektuellen, des Kongresses usw. – konstatieren. Insbesondere die durch technische Innovationen wie Digitalisierung ausgelöste Vermehrung der Zahl der Anbieter medialer Vermittlung (u.a. sichtbar in neuartigen Kommunikations- und Debattenforen in den sozialen Medien), gesellschafts- und politikrelevanten Wissens, von Gesetzesinitiativen und Politikfinanzierung durch Lobbyisten, Anwaltskanzleien, Super-PACS etc. stellt die Autorität der ehemals quasi-monopolistischen Institutionen in Frage. Allerdings wäre es zu simpel, lediglich einen Prozess der Entautorisierung zu konstatieren, der auf Vertrauensverlust basiert. Vielmehr scheint ein Teil der Entautorisierung, etwa der etablierten Printmedien, auf technologische Veränderungen zurückzuführen zu sein. Dies impliziert, dass auch Prozesse der Verschiebung und Neubildung von Autorität im Gang sind, die noch wenig erforscht sind.

Durch jüngere Entwicklungen der politikwissenschaftlichen Vertrauensforschung ergeben sich derzeit neue Fragestellungen (zusammenfassend u.a. Van der Meer 2017), die sich besonders gut anhand der USA bearbeiten lassen. Bisher gingen die meisten Studien davon aus, dass politisches Vertrauen eine notwendige Voraussetzung für demokratische Herrschaft darstellt, und somit ein Rückgang des Vertrauens die Qualität der repräsentativen Demokratie grundlegend in Frage stellt. Doch länderübergreifende Vergleichsstudien und Befragungen zeigten jüngst, dass das politische Vertrauen in Ländern, die nicht zu den liberalen Demokratien zählen, durchweg am höchsten ist (siehe u.a. Edelman Trust Barometer 2020). Muss also die lange vorherrschende Ansicht, wonach ein hohes Maß an öffentlichem Vertrauen in die demokratische Regierungsform und ihre Institutionen für das Funktionieren der Demokratie selbst unerlässlich ist, aufgrund technologischer, medialer und anderer Veränderungen modifiziert werden? Ob und wie sich politische Vertrauenskrisen auf die Stabilität und Qualität der Demokratie auswirken, bleibt somit eine offene empirische Frage, die neuer Überprüfung bedarf. Während Wissenschaftler*innen beachtliche Fortschritte beim Verständnis der Ursachen, Quellen und Triebkräfte des politischen Vertrauens(-verlustes) gemacht haben – auch einige in der ersten Kohorte des Kollegs angefertigte Arbeiten z.B. zum Vertrauensverlust in US-Nachrichtenmedien und der Rolle der sozio-kulturellen Polarisierung darin, gehören dazu – bestehen nach wie vor größere Wissenslücken bei den institutionellen und verhaltensbezogenen Konsequenzen von hohem oder niedrigem politischem Vertrauen. Hochaggregierte Umfragedaten, die gerade für die USA in großer Fülle zur Verfügung stehen (etwa von regelmäßigen Zeitreihenerhebungen der Pew Research Centers) und im Kolleg

genutzt werden, habe für die diesbezügliche Forschung eine wichtige, aber letztendlich nur begrenzte Aussagekraft. Gerade um den Folgen politischer Vertrauensverluste und Vertrauensverschiebungen auf die Spur zu kommen und Strategien zur Wiederherstellung von Vertrauen und Prozesse der Verschiebung und Neubildung von Vertrauen beurteilen zu können, ist es notwendig, Detailanalysen darüber zu erstellen, in welchen Bevölkerungsgruppen der Vertrauensverlust weniger oder mehr ausgeprägt erscheint, welche Gründe dafür verantwortlich sind und welche Folgen diese Varianzen mit sich bringen. Quantitative Studien müssen dabei auch durch qualitative Ansätze ergänzt werden, wie sie am HCA tätige Wissenschaftler*innen und Doktorand*innen des GRK bereits erprobt haben (Thunert 2008 und 2021; Endler/Thunert 2016).

Der Niedergang des politisch-institutionellen wie des sozialen Vertrauens gefährdet nach Auffassung vieler amerikanischer Bürger und Beobachter auch die Fähigkeit der USA, ihre weltpolitische und weltwirtschaftliche Führungsrolle zu behaupten und innergesellschaftlich zu vermitteln (Gholz/Press/Sapolsky 1997; Haass 2013; Blum/Parker 2019; Böller et al. 2020; Friedrichs 2021). So beschäftigt sich mittlerweile ein eigener Forschungszweig mit der Frage, wie die extreme parteipolitische Polarisierung die Fähigkeit der USA, sich in völkerrechtlichen Verträgen zu binden, untergräbt, weil die notwendige Ratifikation im US-Kongress nicht mehr erwirkt werden kann. Für die weltpolitische Führungsrolle der USA als Garant einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung kann dies gravierende Auswirkungen haben (Krutz/Peake 2009; Lee 2009; Amifar/Singh 2018). Dabei wird die politische Führungsrolle der USA durch einen relativen wirtschaftlichen Niedergang und das Unvermögen untergraben, notwendige sozialpolitische Reformen anzustoßen und altbewehrte wirtschaftspolitische Instrumente, im Bereich der Konjunkturpolitik, vor populistischem Einfluss zu schützen (Norrloff 2018). Eine öffentliche Diskussion über die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der USA wurde erstmals in den 1980er Jahren aufgrund schnell ansteigender Handelsdefizite geführt und mündete in eine allmähliche Abkehr der USA vom Multilateralismus in der Handelspolitik (Keohane 1984; Lammert/Werner 2021). Sinkendes Vertrauen in die wirtschaftliche Stärke der USA aber auch in die Chancen des Einzelnen, an binnenwirtschaftlichen Entwicklungen angemessen zu partizipieren und seine kulturelle Identität in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft zu wahren, gehörten zu den wichtigen Beweggründen für die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten – eine Wahl, die wie kaum eine andere Präsidentschaftswahl in der amerikanischen Geschichte eine tiefgreifende Vertrauenskrise in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik markiert (Mutz 2018).

Zweifel an der Effektivität und Legitimität des politischen Entscheidungsprozesses sowie an der internationalen Handlungsfähigkeit der USA haben auch bei Partnern, Klientelstaaten und Rivalen erheblich zugenommen (Kupchan/Trubowitz 2007; Friedman/Mandelbaum 2011; Chicago Council on Foreign Relations 2012; Böller 2019; Friedrichs et al. 2019). Dass die politische Autorität der US-Bundesregierung nach innen und außen in Frage gestellt wird, ist nicht grundsätzlich neu (Ikenberry 2011). Prägend für die gegenwärtige Phase ist jedoch, dass die US-Exekutive zwar über historisch beispiellose militärische Machtmittel verfügt, aber die amerikanische Gesellschaft immer weniger bereit und in der Lage ist, die dafür notwendigen materiellen und immateriellen Ressourcen, etwa Steuern und gesellschaftlichen Konsens, bereitzustellen (Harnisch et al. 2011, 258; Haass 2013, Böller/Werner 2021).

Inwiefern die interne Autorität die externe Fähigkeit beeinflusst, legitime Gefolgschaft zu erwirken, ist für die USA bislang nur in Ansätzen untersucht worden (Kydd 2006; Madden 2008). Erste politikfeldspezifische Studien (Sicherheitspolitik und Klimapolitik) zeigen, dass der Autoritätsverlust der US-Exekutive im Inneren das Vertrauen von Partnern und Gegnern einer US-amerikanischen Führungsrolle beeinflusst und so auch die Autorität der USA verändert (Bodansky 2015, Böller/Harnisch 2021; Friedrichs 2021). Für solche Untersuchungen bieten sich liberale oder rollentheoretische Ansätze an, die internationale Rollen als soziale Positionen definieren, deren Funktionen für die internationale Gemeinschaft durch Eigen- und Fremderwartungen stabilisiert werden (Harnisch et al. 2011; Harnisch/Friedrichs 2021). Forschungsdesiderate bestehen weiterhin im Hinblick auf die innergesellschaftlichen Autoritäts- und Vertrauensquellen für eine globale amerikanische Führungsrolle und bei der Frage, welche Rolle Autorität und Vertrauen für die internationale Stabilität und Akzeptanz der US-Hegemonialordnung haben.

Das Forschungsfeld 1 soll Kollegiat*innen eine Plattform bieten, deren Forschungsvorhaben sich schwerpunktmäßig auf Probleme des Vertrauens in staatliche Autorität bzw. öffentliche und soziale Institutionen richten. Dieses Forschungsfeld ist primär historiographisch (Manfred Berg) und politikwissenschaftlich (Martin Thunert) und mit Blick auf Internationale Beziehungen (Sebastian Harnisch) orientiert, und soll für die zweite Antragsphase durch eine wirtschaftshistorische Perspektive erweitert werden (Welf Werner), die insbesondere die Bedeutung von sozialer Ungleichheit für die Erosion/Transformation von Vertrauen in politische/gesellschaftliche Institutionen in den Blick nehmen wird. Enge thematische Verbindungen bestehen zur Humangeographie im Forschungsfeld 2; die Frage nach der Autorität und dem Vertrauen in soziale Institutionen stellt die Verzahnung mit Forschungsfeld 3 sicher. Konkret bietet sich das Forschungsfeld für Arbeiten zu folgenden Themenschwerpunkten an:

- Akzeptanz des staatlichen Gewalt- und Strafmonopols in der amerikanischen Geschichte und die diversen Erscheinungsformen von Selbstjustiz und Vigilantentum
- Autorität und Vertrauen in der Geschichte populistischer Bewegungen in den USA
- Autorität und Vertrauen und die Polarisierung der amerikanischen Politik und Gesellschaft
- Vertrauen in die Autorität des amerikanischen Verfassungs- und Rechtssystems
- Erscheinungsformen, Ursachen und Konsequenzen des politisch-institutionellen und sozialen Vertrauensverlustes in der zeitgenössischen US-Gesellschaft
- Vertrauen in die Wirtschaftspolitik auf den Gebieten Sozial-, Konjunktur- und Außenwirtschaftspolitik sowie in wirtschaftliche Institutionen, Weichenstellungen und Entwicklungen in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte
- Vertrauensverluste oder Vertrauensverschiebungen in politische, soziale und mediale Institutionen der USA als Folge der Covid-19 Pandemie (auch im internationalen Vergleich)
- Autorität und Vertrauen als Voraussetzung für die weltpolitische Führungsrolle der USA im 21. Jahrhundert

Laufende und im Rahmen des Kollegs abgeschlossene Projekte im Forschungsfeld 1 betreffen u.a. Vertrauen und Internationale Beziehungen durch diplomatische Praktiken (Asaf Alibegović); Autorität und Vertrauen im transatlantischen Verhältnis (Florian Böller); private Institutionen im Kampf gegen „Sexual Harassment“ (Nicole Colaianni); internationale Autorität und Vertrauen im Kontext politischer Polarisierung (Gordon Friedrichs); Vertrauen von Asian-Americans in die Zulassungsverfahren selektiver US-Universitäten und Colleges (Sasha Lin); Triebkräfte des Vertrauensverlustes in US-Nachrichtenmedien (Aleksandra Polińska); Autorität und Populismus (Maren Schäfer); die Produktion politischen „Charismas“ im politischen Diskurs sozialer Medien (Aline Schmidt); Vertrauen und die amerikanische Waffenkultur (Stefanie Wallbraun); libertärer Konservatismus und föderale Autorität (Georg Wolff).

Forschungsfeld 2: Die urbane Dimension von Autorität und Vertrauen

Bedeutungsverschiebungen von Autorität und Vertrauen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft schlagen sich auch in der Produktion von Räumen nieder, insbesondere im urbanen Raum. In den vergangenen drei Jahren der intensiven Beschäftigung mit der Thematik ergibt sich dabei für das Forschungsfeld 2 eine konzeptuelle Weiterentwicklung, die insbesondere in den relationalen und mobilen Spannungsverhältnissen von Urbanität, Regionalität, Nationalität vielversprechende Forschungsrichtungen eröffnet. Hier werden Machverschiebungen sichtbar (z.B. in der Wohnungsfrage), ebenso wie diese von räumlichen Strukturen geprägt werden (z.B. innerhalb segregierter und marginalisierter Nachbarschaften). Dabei hilft es, auch Veränderungen und Bewegungen im Raum zu betrachten, wie zum Beispiel Migrationsprozesse innerhalb von Städten (Mikroebene) aber auch zwischen Städten und Regionen (Meso- und Makroebene). Zwar sind *Urban Studies* inzwischen zu einem weithin etablierten und breit angelegten, interdisziplinären Forschungsansatz für die Untersuchung gesellschaftlicher Veränderungen geworden, in denen sowohl empirische als auch theoretische Ansätze verfolgt werden, selten werden dabei jedoch

Konzepte von Autorität und Vertrauen berücksichtigt. Im Forschungsfeld 2 widmen wir uns daher ganz explizit der Bedeutung von Raum für die Untersuchung von Verschiebungen von Autorität und Vertrauen sowie deren räumlichen Auswirkungen.

Dafür bietet sich das Konzept des relationalen Raums (im Sinne von Lefebvre, 1991, und Harvey, 1973, 2006) auf besondere Art und Weise an, da es sich – ähnlich wie beim Vertrauen – nicht um einen durch klare Grenzen definierten Containerraum handelt, sondern um ein Beziehungsgeflecht, das durch die handelnden Akteure erst gebildet und definiert wird. Aber auch das (neue) Mobilitätsparadigma nach Cresswell (2012) und Sheller (2014) ist hilfreich, denn dadurch wird deutlich, dass Räume niemals fix sind, sondern durch räumliche wie soziale Bewegungen stets neu gebildet und konstruiert werden. Dies wird auch in dem Schlagwort des *mobile urbanism* (McCann & Ward 2001) ausgedrückt. Mit Hilfe dieser beiden Ansätze lässt sich erkennen, dass Autorität und Vertrauen sozio-räumliche Konzepte sind, die es im Kontext von Stadtforschung zu verstehen und auf US-amerikanischen Städte zu übertragen gilt (vgl. Gerhard, Keller & Werner 2021; Peterfy 2021). Dabei lassen sich verschiedene urbane Dimensionen von Autorität und Vertrauen unterscheiden, die im Rahmen des Graduiertenkollegs Autorität und Vertrauen bereits untersucht und nun fortgeschrieben werden.

Durch staatliche Autorität geplante und gestaltete urbane Räume stellen eine erste Dimension dar, die sich historisch in wechselnden Interpretationen von Vertrauen und Autorität ausdrückt und für das US-amerikanische nationale Selbstverständnis nachvollziehen lässt (vgl. Nash 1979; Forester 1987: 304-5). In der Gründungszeit der USA zeigte sich, trotz der besonderen Rolle von Städten für die Unabhängigkeit, ein grundlegendes, ideologisch motiviertes Misstrauen gegenüber der Stadt als Gegenbild zu Thomas Jeffersons Vision von Amerika als Republik tugendhafter Farmer (Jefferson 1782). Dies kam auch in der Ablehnung von organisatorisch notwendigen Autoritätsstrukturen zum Ausdruck. Gleichwohl bildeten sich in den USA in rasantem Tempo zahlreiche Städte und Großstädte heraus. Sie waren zum Teil sorgfältig geplant (z.B. Philadelphia, Washington DC) und oft als „gridiron“-Entwürfe angelegt und ermöglichten somit schon während der kontinentalen Expansion eine schnelle Vertrautheit mit den neuen urbanen Raummustern (Peterson 2003, 7ff.) Die nachfolgende Phase der systematischen Stadtplanung begann mit den stadtplanerischen Reformen der Progressive Era zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Nolen 1916). Die selbsternannten Akteure der Stadtplanung, die meist aus der oberen professionellen Mittelschicht stammten, versuchten das Vertrauen der Bürger mit unterschiedlichen Strategien zu gewinnen, wobei die Kompetenzautorität der Planer das Hauptargument bildete (Abbott 2007, 20-22). Es war erklärtes Ziel der Stadtplaner, eine urbane Einheit („unity“) herzustellen, die die Basis für eine solidarische, selbstregulierende Gemeinschaft bilden sollte. In vielen Fällen führte dies jedoch nicht zu einer echten Integration, sondern zu einer artifiziellen Re-Definition des urbanen Raums und zur Fragmentierung bis dato zusammenhängender Einheiten mit weitreichenden negativen Folgen für ethnische Minderheiten, die sich bis heute an Armut, wiederkehrenden Unruhen und gewalttätigen Konflikten ablesen lassen (Boger/Wegner 1996; Abbott 2007).

Durch den kontinuierlichen Rückzug des Staates als Stadtentwickler seit den 1970er Jahren – begleitet von ökonomischem Strukturwandel und globalen wirtschaftlichen Verschiebungen – kann Stadtentwicklung insbesondere in den US-amerikanischen Städten nun nicht mehr ausschließlich als Ausdruck lokaler oder nationalstaatlicher Politiken verstanden werden, sondern ist zunehmend dem Kräftefeld des neoliberalen Marktes überlassen (Gerhard 2012). Die Stadt ist zu einem globalen, unternehmerischen Projekt geworden, das weltweite ökonomische Krisen ebenso aufzeigt wie innergesellschaftliche Autoritätsverschiebungen (Harvey 1989, 2013). Statt staatlicher Fürsorge für eine sozial verträgliche Stadtentwicklung hat der Staat nun die Rolle des Regulators übernommen, der für Sicherheit und Ordnung sorgt (Wacquant 2007) und somit eine autoritäre Funktion ohne Vertrauensreserven besitzt. Dieser Trend spiegelt den in Forschungsfeld 1 konstatierten Vertrauensverlust in staatliche Autoritäten und gesellschaftliche Institutionen wie Medien, Bildungseinrichtungen oder privatwirtschaftliche Akteure wider. Die Folge ist eine deutliche Segmentierung des Stadtraums in unterschiedliche Teilräume, die sich durch sozio-ökonomische Ungleichheiten auszeichnen und nur noch ein geringes Maß an sozialem Zusammenhalt und Vertrauen aufweisen (Gerhard 2014, Hahn 2014, Holloway et al. 2010, Wilson 2007). Als Reaktion darauf ziehen sich die Bewohner*innen in teilprivatisierte Räume zurück, die ihnen

Schutz und Privatheit versprechen. Dazu zählen zum Beispiel Shopping Malls, Gated Communities oder Business Improvement Districts (Low 2003, Sorkin 1992). Oder sie suchen homogene Nachbarschaften auf – ethnische Viertel, „master-planned communities“, Suburbs, kreative Viertel (Zukin 2011) – die ihnen ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln und somit den Vertrauensverlust in staatliche Institutionen sowie die gesellschaftliche Gemeinschaft kompensieren. Die Identität mit der Stadt oder besser, die symbolische Kraft der Stadt, besitzt dadurch kaum noch Wirkmächtigkeit: sie ist zu einer leeren Metapher geworden, da innerstädtische Solidarität und Vertrauensbeziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen und Institutionen in der Stadt verloren gegangen sind (Peterfy 2016; Turner/Wial/Wolma 2008, 8-9).

Gleichzeitig kann – als Ersatz für den Verlust von staatlicher Autorität in der Stadtentwicklung und den Rückgang des sozialen Vertrauens in der amerikanischen Gesellschaft – ein Erstarren der Rolle der Bürger*innen beobachtet werden. So wird nicht nur in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ein „Recht auf Stadt“, im Sinne von Lefebvre (1968) diskutiert, auch in den alltäglichen Praktiken der Bewohner*innen verbergen sich zunehmend Taktiken (Certeau 1988), die dieses Recht auf Einfluss und Teilhabe einfordern (Leitner et al. 2007). Gerade das Konzept der so genannten *Urban Citizenship* thematisiert dieses Erstarren der Bürgerschaft auf einer konzeptionellen Ebene, da es bürgerschaftliche Rechte und Pflichten in der globalen Gesellschaft nicht mehr nur auf staatlicher Ebene definiert, sondern verschiedene Maßstabsebenen bis zur Stadt als wesentlich erkennt und soziale und kulturelle Praktiken für die Definition von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft heranzieht (Isin 2002). Dies gilt insbesondere auch für das Recht auf Wohnraum (Munoz 2017). Durch diese Autoritätsverschiebungen ergeben sich neue Konstellationen von Akteuren, die außerhalb der staatlichen Institutionen Stadtentwicklung beeinflussen und somit als *Urban Governance* (im Unterschied zu Government) beschrieben werden (Harvey 1989). Neben den zivilgesellschaftlichen Akteuren zeichnet sich auch die Privatwirtschaft als ein wichtiger Player aus, der spezifische „urbane Regime“ prägt und beeinflusst. Empirische Untersuchungen über die Konsequenzen dieser neuen urbanen Governance sind zwar vielfältig, nicht zuletzt aber für die Analyse der urbanen Dimension von Autoritätsverschiebungen in den USA dringend erforderlich (vgl. Rossi & Vanolo 2012).

Diese neuen Vertrauenskonstellationen spiegeln sich auch deutlich auf der Ebene der Nachbarschaften als einer weiteren Dimension des urbanen Raums wider. Hier gilt es vor allem Praktiken der verschiedenen Akteure in der Stadt, insbesondere der Bewohner*innen, aufzudecken und zu verstehen, welche Rolle Vertrauen für ihren alltäglichen Überlebenskampf (z.B. im Umkreis von *convenience stores*, bei der Verdrängung aus ihren Nachbarschaften in Form von Zwangsräumungen oder Gentrifizierungsprozessen, etc.) spielt. Insofern spielt das Thema Migration eine entscheidende Rolle und soll innerhalb dieses Forschungsfeldes zukünftig mehr Raum einnehmen. Migrationsprozesse können sich kleinräumig, also innerhalb der Stadt, aber auch großräumig (zwischen den Städten oder Regionen) abspielen. Die Erweiterung des Graduiertenkollegs um die neue Juniorprofessur *Migration and the Americas* ermöglicht somit eine weitere gesellschaftliche Perspektive auf die urbanen Dimensionen von Vertrauen. Sei dies in den sogenannten Schwesterstädten direkt an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze, sei es in den von hispanischen Mehrheiten geprägten Stadtvierteln und Räumen mit ihren eigenen Ökonomien, Infrastrukturen, Kulturen und Sprachen in nahezu sämtlichen US-amerikanischen Städten, sei es aber auch in Form von klein- und großmaßstäblichen räumlichen Bewegungen, die durch sozialen Aufstieg, Flucht oder Obdachlosigkeit geprägt sind und die USA auch im transkontinentalen Kontext prägen (Álvarez Velasco 2020 und 2021).

Die Bedeutung von Urbanität, Raum und räumlichen Bewegungen in den genannten geographischen, sozialen und politischen Ausprägungen ist für die kulturelle Imagination ebenfalls beträchtlich und, wie die Forschungsarbeiten des Kollegs der letzten Jahre gezeigt haben, trägt ihre Untersuchung auch zu der Entwicklung von neuen theoretischen Fragestellungen bei. Zum einen lässt sich die Erforschung von urbanen Räumen und den Vertrauens- sowie Autoritätsverhältnissen im Zusammenhang mit Migration und ethnisch definierter kultureller Praxis als ein weiterer Fokus dieses Forschungsfeldes definieren. Zum anderen erschließen sich in der Betrachtung von Urbanität und, kontrastiv, in Landschaft und Region (Buchenau 2018; Singer et al. 2008) Fragestellungen zum kulturellen Gedächtnis, zu den Neuinterpretationen von „civil religion“, zur Vermittlung von US-amerikanischer Geschichte und weiteren kulturgeschichtlich relevanten Themen.

Daraus ergibt sich eine weitere zu untersuchende urbane Dimension von Vertrauen, die wir als Imaginationsräume bezeichnen und die durch ihre Selbstreflexivität dazu prädestiniert sind, zeitgenössische Entwicklungen symbolisch zu verdichten und als Gedankenexperimente literarisch und in visuellen Medien zum Ausdruck zu bringen. Der Stadt als „Metropole“ wird insbesondere seit der Moderne eine besondere kulturelle Autorität zugesprochen (vgl. Benjamin 1983, Simmel 1903). Auch in den USA erfährt die Stadt im 20. Jahrhundert eine Interpretation als „theater of social action“ (Mumford 1937, 94), wo Kreativität sich verdichtet, fokussiert und als Avantgarde (d.h. mit einem Führungsanspruch) in Erscheinung tritt. Die Stadt, insbesondere die Großstadt, befördert sowohl die Produktion als auch die Rezeption von ästhetischen Lebenspraktiken (vgl. Certeau 1988; Whybrow 2010). Sie ist Quelle von sowohl vielfältigen und kognitiven als auch somatischen Erfahrungen und Erinnerungen, die wie ein „Palimpsest“ (Huysen 2008, 8) übereinander lagern. Dabei spielt die Bedeutung von Vertrauen und Autorität auf verschiedenen Ebenen eine Rolle. In fiktionalen Narrativen (Literatur und Film) sind Vertrauen bzw. Misstrauen motivisch Ausdruck einer Ambiguität und die a-priori Unsicherheit, die mit dem Konzept von Fremdheit und Gefahr in der „anonymen“ Stadt („Großstadtdschungel“) einhergehen (Lindner 2015, 154). Diese Motive inspirieren narratologische und dramaturgische Strukturen, mit denen zum Beispiel im Sinne einer bestimmten Genre-Ästhetik (Krimi, Fernsehserien, „docufiction“) Spannung erzeugt wird. Somit nehmen Städte als spezifische Lokalitäten innerhalb der USA, aber auch als Ausnahmeorte, die durch ihre ethnische Vielfalt und ihre globalen Verflechtungen in Erscheinung treten, in der amerikanischen Populärkultur (Film, Serienformat, Literatur) eine zentrale Rolle ein (vgl. Lindner 2015; Zecker 2008).

Autorität und Vertrauen bewegen sich somit nicht nur im Kontext von institutionellen Hierarchien, sondern auch in den sozialen Räumen des Alltags. Denn in einer Gemeinschaft oder einem Netzwerk von Stadtbewohner*innen bzw. individuellen Akteuren können Autorität und Vertrauen aus dem Repertoire der sozialen und kulturellen Praktiken immer wieder neu erzeugt werden. Dies zeigt sich auch bei aktuellen Entwicklungen immer wieder mit neuer gesellschaftlicher Brillanz. Das Forschungsfeld 2 bietet den Kollegiat*innen demnach nach wie vor eine geeignete Plattform für vielfältige Forschungsvorhaben, die sich Autoritätsverschiebungen und neuen Vertrauenskonstellationen im Stadtraum widmen. Hier werden kulturgeographische Untersuchungen (Gerhard) in Kooperation mit identitätspolitischen und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen (Peterfy) sowie der Migrationsforschung (Álvarez Velasco) verknüpft. Inhaltliche Schnittstellen ergeben sich mit den Literatur- und Kulturwissenschaften (Leypoldt), philosophischen Herangehensweisen (Schlette) sowie der Geschichte (Berg), Wirtschaft (Werner) und Politik (Thunert, Harnisch). In diesem Forschungsfeld lassen sich verschiedene Themenschwerpunkte benennen, die jedoch mit neuen Projekten noch weiter ausgebaut werden können:

- Ausbildung neuer Vertrauens- und Autoritätskonstellationen auf der Ebene der Nachbarschaften (Welche Rolle spielen Home Ownership Associations, Housing Authorities oder auch grass-roots activism?)
- Machtverschiebungen zwischen den verschiedenen Akteuren der Stadtentwicklung (Staat, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft) in historischer und aktueller Perspektive (Wer sorgt für Wohnraum? Für wen wird geplant? Philanthropische Organisationen als Stadtentwickler & Social Entrepreneurship)
- Bedeutung kultureller Praktiken der Bewohner*innen als identitäts- sowie vertrauens- und autoritätsstiftende Strategien des Place-Making (Wie äußert sich das in den Praktiken von Ghettobewohner*innen oder von Urbaniten der „neuen“ Downtowns? Welche Grenzziehungen entstehen durch die Praktiken, zum Beispiel von Bewohner*innen ethnischer Nachbarschaften?)
- Darstellung und Verhandlung innerstädtischer ethnischer Konflikte in der zeitgenössischen US-amerikanischen Populärkultur (Musik, Film, Serienformate, Internetformate, Literatur)
- Migrationsprozesse in und zwischen Städten, Ausbildung von ethnischer Diaspora, Entwicklung migrantischer Infrastrukturen, Institutionen und Parallelwelten

- Die Repräsentation von Autorität und Vertrauen in Raum (Welche charismatische Autorität kann von Gebäuden ausgehen? Wie interagieren Bewohner*innen mit der gebauten Umwelt?)

Laufende und im Rahmen des Kollegs abgeschlossene Projekte im Forschungsfeld 2 betreffen u.a. Prozesse des diskursiven „Place-Making“ in Williamsburg, Brooklyn (Kristin Berberich); die Bedeutung von Migration, Ethnizität und Vertrauen in der kulturellen Repräsentation von Los Angeles und Atlanta (Aylin Güngör); die räumliche Dimension von Vertrauen in der amerikanischen Housing Crisis (Judith Keller); die Bedeutung von Vertrauen in imaginierten Gemeinschaften auf der Nachbarschaftsebene (Bariah Qadeer); Autorität und öffentlicher Raum in literarischen „third places“ (Johanna Mast); Tourismus und amerikanische Geschichtsschreibung im urbanen Kontext Washington, DC. (Lauren Rever); „Convenience Stores“ und „Food Deserts“ im Zentrum von Detroit und Chicago (Cosima Werner).

Forschungsfeld 3: Autorität und Vertrauen in Kultur und Religion

In den Feldern der amerikanischen Kultur und Religion unterliegt die Produktion von Autorität und Vertrauen fortlaufenden Wandlungs- und Aushandlungsprozessen, deren wesentliche strukturelle Voraussetzungen bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Mit der Nationalstaatsgründung setzten Modernisierungsschübe ein, die diesen Prozessen im Laufe des 19. Jahrhunderts eine völlig neue Dynamik verliehen. Für den kulturellen Bereich ist nicht zuletzt die Popularisierung und Ausdifferenzierung der Lesekultur, die Professionalisierung der Autorschaft und die Industrialisierung des Buchmarktes, für den Bereich der Religion die radikale Transformation überkommener (staats-)kirchlicher Strukturen sowie die Umschichtung und Diversifizierung der religiösen Landschaft im Zuge von „disestablishment“ und Erweckungsbewegungen zu nennen. Der mit diesen kultur- und religionsgeschichtlichen Dynamiken einhergehende Abbau bestimmter Legitimitätsformen und Vertrauensquellen ist häufig als genereller Schwund autoritärer Ordnungen aufgefasst worden. Im Feld der Religion wurden die Veränderungen oftmals als irreversible Auflösung stabiler religiöser Sinnsysteme betrachtet. Im Feld der Kunst und Literatur führten Modernisierungsnarrative zu der Ansicht, die expandierenden „Kulturindustrien“ und antiautoritären Demokratisierungsbewegungen verschiedener „countercultures“ seit der Romantik hätten traditionelle Wertehierarchien zugunsten eines „anything goes“ verdrängt – eine These, die oft als postmoderne „Befreiung“ des Rezipienten vom kulturellen „Establishment“ formuliert oder auch, im Sinne einer pessimistischen Kulturkritik („Frankfurter Schule“ o.ä.), als Indienstnahme der Kunst und Literatur durch zweckrationale Märkte und Ideologien beschrieben worden ist. Dagegen betonen neuere Ansätze in der Kultur-, Religions- und Literaturtheorie (Bourdieu 1996, Appadurai 1996, Joas 2011, Taylor 2007; Guillory 1993, English 2005, Jackson 2008, McGurl 2009), dass der modernisierungs- und demokratisierungsbedingte Abbau traditioneller Legitimitätsformen und Vertrauensquellen im Zusammenhang mit sich neu formierenden religiösen und kulturellen Machtfeldern betrachtet werden muss (Leypoldt 2014, 2020).

Auch wenn für die USA die klassischen Säkularisierungstheorien europäischer Provenienz offenkundig nur sehr bedingt geltend gemacht werden konnten, so hat die Forschung doch mit Blick auf das Thema religiöse Autorität überwiegend die Auffassung einer fortschreitenden und irreversiblen Erosion bzw. Diffusion im Zuge der „democratization of American Christianity“ (Hatch 1989) und der Entstehung eines wettbewerbsorientierten Denominationalismus vertreten. Obgleich im Wesentlichen sicher zutreffend, hat dieses Narrativ doch erhebliche Blindstellen. So erwachsen durch die Herausforderungen und Probleme, mit denen sich eine individualisierte und demokratisierte Religion konfrontiert sah, z.T. stark gegenläufige Entwicklungen, deren Zusammenhang mit dem Themenkomplex religiöse „Autorität“ und „Vertrauen“ bislang nicht systematisch erforscht wurde. Zudem postuliert eine von Robert Bellah geprägte Forschungslinie die Entwicklung einer Art kompensatorischen Überbaus in der amerikanischen Kultur. Bellah zufolge besteht seit dem 19. Jahrhundert „neben den Kirchen, und von ihnen ziemlich deutlich unterscheidbar, eine entwickelte und fest institutionalisierte Zivilreligion“ (Bellah 2011, 19), durch die das Verhältnis zwischen traditionell religiösen und kulturellen Autoritätsformen und Vertrauenserfahrungen schon im 19. Jahrhundert dahin gehend neukonstituiert wurde, dass religiöse und kulturelle Formen des Sakralen (Joas 2011) zunehmend in Konkurrenz zueinander treten bzw. sich überlappen

(Taylor 1989, 2007; Lynch 2012). Ferner wurde die Individualisierung und Demokratisierung der Religion nicht zuletzt auch in den Dienst einer Sakralisierung der Demokratie als einer genuin amerikanischen Lebensform gestellt. So hat Richard Rorty verschiedentlich eine Entwicklungslinie des „American National Pride“ (Rorty) betont, die von Emerson über Whitman zu Dewey und schließlich weiter zu seinem eigenen demokratischen Individualismus geführt hat (Rorty 1997, 1997b). Gegen den Vorwurf der Traditionsfeindlichkeit des demokratischen Individualismus (McIntyre 1984, 1988; Hauerwas 2000) hat Jeffrey Stout die traditionsbildende Kraft dieser Entwicklungslinie betont, die er vom Transzendentalismus über den Pragmatismus bis in die Gegenwart zieht (Stout 2004).

Auch im kulturellen Feld haben die Prozesse der Ökonomisierung und Dynamisierung nicht nur zur Schwächung traditioneller Wertehierarchien und Vertrauensquellen geführt, sondern auch die Herausbildung von „konsekrierenden“ Institutionen in Kunst und Literatur (Museen, literarisch-künstlerische Establishments im öffentlichen Raum, literarische Kanones, etc.) begünstigt, die ein erhebliches Autoritätspotential entwickelten. Entsprechend kam es zu einer „Sakralisierung der Kultur“ (Levine 1990), die das kulturelle Feld in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend in hochkulturelle („high-brow“) und populäre („low-brow“) Räume polarisierte. Durch diese Polarisierung verfestigten sich in den kulturellen Märkten des 19. Jahrhunderts zwei potentiell separate Tauschverhältnisse, die auf komplexe Weise miteinander interagierten: Einerseits förderte die Industrialisierung des Printmarktes und die Ausweitung der Leserschaft eine Ökonomie des Alltäglichen, in der Literatur als Konsumobjekt zur Erfüllung konkreter Bedürfnisse von Rezipienten (z.B. als Entertainment, Erbauungslektüre oder Bildungsstoff, etc.) zu einem Massenphänomen avancieren konnte. Ökonomien des Alltäglichen binden Autorität und Vertrauen an relative „schwache“ Werte (Taylor 1985, 16-21), d.h. die Validität und Relevanz einer künstlerisch-literarischen Praxis ergibt sich durch ihren konkreten leserseitigen Nutzen in einem weitgehend privatisierten Raum. Andererseits entwickelten sich in den dynamisierten Märkten des 19. Jahrhunderts jedoch auch gesellschaftlich relevante Prestige-Ökonomien, die sich der Logik des Marktes entzogen, insofern die symbolische Autorität literarischer Artefakte wichtiger wurde als deren konkreter alltäglicher Nutzwert (Bourdieu 1996; Böhme 2006; English 2005). Prestige-Ökonomien verbinden künstlerische Praktiken mit starken Wertehierarchien (Taylor 1985, 16-21), die in den öffentlichen Raum eingeschriebenen sind und als identitätsbildend wahrgenommen werden.

Die Pendelbewegungen zwischen traditionellen religiösen Autoritäts- und Vertrauensquellen (Stichwort Erbauungsliteratur) und sakral aufgeladenen Feldern der Literatur und Kunst (Stichwort Kunstreligion) zeigen sich nicht nur in den verschiedenen Formen institutioneller Kanonisierung und der Produktion von kulturellem Prestige. Literarische Texte fungieren auch als Reflexionsmedien, in denen die Verschiebungen zwischen religiöser und kultureller Autorität auf vielfältige Weise registriert werden. Einschlägig sind hier nicht nur dezidiert religionsaffine Literaturen (vom Transzendentalismus über den sentimental Roman bis zu den Beat Poets und dem post-säkularen Roman der Nachkriegszeit [Hungerford 2010, McClure 2007]), sondern auch kanonisierte Textverfahren etwa des Realismus oder der literarischen Moderne und Postmoderne, deren „institutionelles Charisma“ (Bourdieu) gerade im Gestus einer post-religiösen oder post-metaphysischen Verneinung des Sakralen bestehen. Die Transformationen kultureller Autorität werden auch in literarisch-philosophischen „Vertrauensphilosophien“ thematisiert (im Stile etwa Emersons „Self Reliance“ oder William James' „Will to Believe“) wie auch in vielfältigen literarischen Traditionen, die sich der Frage widmen, wie die Unsicherheiten moderner Demokratien mittels rhetorischer und imaginativ-emotionaler Konstrukte gebannt werden sollen (Bercovitch 1993; Berlant 2011, Paul 2015 und 2018, Schloss 2021).

In der Religion und Kultur des 20. Jahrhunderts wurden die gegenläufigen Entwicklungsdynamiken sich wandelnder Autoritätsformen im Gefolge der großen gesamtgesellschaftlichen Umbrüche der 1960er Jahre (sexuelle Revolution, Bildungs- und Medienrevolution, social movements) vielfach radikalisiert. Noch stärker als in anderen westlichen Demokratien entsteht in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg eine Tendenz zur experimentell-suchenden Individualisierung und Pluralisierung religiöser Lebensstile (Stichwort „seeker religion“), die mit traditionellen Formen von Kirchlichkeit, christlicher Moralität und konfessioneller Autorität überhaupt nicht mehr vereinbar scheinen und sich eher in stark synkretistischen Formen neuer Spiritualität Ausdruck verleihen (Wuthnow 1998; Roof 1999). So stehen überkommene kirchliche Institutionen vielerorts unter

erheblichem Druck, und es floriert ein immer vielfältigerer „religious marketplace“ mit einer Vielzahl konsumentenorientierter Anbieter (Stievermann et al. 2015). Allerdings erhebt auch die privatisierte Spiritualität absolute Wahrheitsansprüche, wenn es z.B. um die Verwirklichung von sakralisierten Persönlichkeitsrechten, z. B. auf freie Selbstverwirklichung, geht. Insbesondere im amerikanischen Evangelikalismus haben sich aber zugleich, in Opposition zu einer wahrgenommenen Säkularisierung und einem als gottlos verstandenen Staat, seit den 1970er Jahren starke Kräfte formiert, die auf der unbedingten Autorität einer biblisch-christlichen Werteordnung auch im öffentlichen Leben insistieren. Wo Bellah und andere einen schlichten Niedergang der Zivilreligion beklagten, da die Individualisierung die Autorität dieses republikanischen Wertesystems aushöhle, ist wohl eher von einer weiteren Ausdifferenzierung und Polarisierung gegensätzlicher Deutungen der „American religion“ auszugehen, die es noch besser zu verstehen gilt. In diesem Zusammenhang gehört auch die Idee einer Revitalisierung der ‚Democratic Vistas‘ (W. Whitman) auf der Basis etwa von Erfahrungen der Civil-Rights-Bewegung (Allen 2004). Gegen eine assimilationistische Interpretation der ‚one nation under God‘ (Schlesinger 1998) plädiert Allen für ein Modell der politischen Freundschaft, das auf wechselseitiger Vertrauensbildung diverser und in ihren Interessen divergierender gesellschaftlicher Gruppierungen beruht. Der Begriff des Vertrauens wird in diesen Zusammenhängen zu einer zentralen Kategorie der politischen Philosophie (Baier 1996; Hardin 2002; Hartmann/Offe 2001; Hartmann 2020). Richard Sennett (2018) verbindet die Reflexion des Vertrauens als Basis demokratischer Öffentlichkeit mit einer Analyse der Struktur urbaner Räume und der Voraussetzungen gelingender urbaner Öffentlichkeit.

Die bisherige Arbeit im Kolleg hat insbesondere das Phänomen in den Blick gerückt, wie aus der Krise überkommener kirchlicher Religion neue Formen charismatischer Autorität erwachsen, die sich performativ (z.B. durch prophetische Rede, aber auch „signs and wonders“) generieren muss. Ein zentraler Themenbereich für die zweite Förderphase wären die neureligiösen Bewegungen (z.B. Mormonentum, Seventh Day Adventism, Christian Science), deren Entstehung bislang noch nicht unter dem Gesichtspunkt gedeutet wurde, dass sie mit ihren charismatisch-prophetischen Gründerpersönlichkeiten, alternativen Offenbarungstexten und z.T. stark hierarchischen Strukturen allesamt auch Reaktionen auf die religiösen Autoritätstransformationen des 19. Jahrhunderts darstellten (Gottschalk 1973; Bushmann 2001; Cox 2003). Von besonderem Interesse sind dabei auch die zahlreichen „female prophets“ des 19. Jhs., an denen sich untersuchen lässt wie charismatische Autoritätsperformanz als Mittel der Selbstermächtigung in einer patriarchalischen Religionskultur fungierte (vgl. Stievermann/Jetter 2021).

Damit ist ein weiterer Themenbereich für die zweite Förderphase berührt: die Verschränkung von Transformationen religiöser Autorität mit Fragen der institutionellen Teilhabe und der Rassenproblematik. Schon seit dem frühen 19. Jh. haben amerikanische Religionsgemeinschaften immer wieder Autoritäts- und Vertrauenskrisen durchlaufen, die gerade im protestantischen Bereich vielfach zu Abspaltungen und Neugründungen von Kirchen führen, weil ethnische Minderheiten keine (volle) Teilhabe ermöglicht wird, sie unterdrückt werden und entsprechend den Leitungsautoritäten nicht mehr vertrauen. Dies trägt zur Dynamik der immer weiteren Ausdifferenzierung des religiösen Feldes bei, wenn z.B. im 19. Jh. dutzende afro-amerikanische Kirchen entstehen. Zu untersuchen wäre nun, wie genau diese Vertrauenskrisen verlaufen und wie dann in den neugegründeten Kirchen alternative Formen der „racialized authority“ erzeugt werden, z.B. in der sogenannten „black prophetic tradition“ (Hobson 2012). Weiterhin soll die internationale und komparatistische Dimension gestärkt werden: Die Hinwendung vieler Amerikaner zu nicht-christlichen Traditionen v.a. aus Asien (z.B. amerikanisierte Formen des Buddhismus) sind als solche recht gut erforscht. Diese Hinwendung aber innerhalb des theoretischen Rahmens des Kollegs als Suche nach alternativen Quellen religiöser Autorität jenseits der biblischen Tradition aber auch eines rein erfahrungszentrierten Individualismus zu untersuchen, wäre aber ein sehr innovatives und lohnenswertes Unterfangen (Tweed 1992; Versluis 1993 und 2001).

Schließlich soll in der zweiten Förderphase verstärkt untersucht werden, wie sich die immer stärkere Politisierung von Religion und die Polarisierung in eine „Religious Right“ und eine „Religious Left“ seit den 1960er Jahren auf die Transformation religiöser Autorität auswirkt und mit dem Trend hin zu einem „nondenominationalism“ wechselwirkt: Welche Praktiken der Letztbegründung und Legitimierung treten nun an die Stelle von alten „ethno-denominational loyalties“ oder

auch Bekenntnisschriften? Von besonderem Interesse sind dabei Wertediskurse wie „family values“ oder „Christian nationalism“ auf der rechten Seite oder „inclusivity“ und „multiculturalism“ auf der linken, aber auch parteipolitische Loyalitäten als zunehmend sakralisierte Beziehungen.

Das Problem der Polarisierung betrifft auch die Autorität der zeitgenössischen Medienlandschaften im Feld der Kultur. Eine noch unterbelichtete Frage ist, wie sich hochkulturelle Mediensysteme (etwa das hochsubventionierte System literarischer Preise) zu neueren „Echokammern der sozialen Medien“ (Nguyen 2020) verhalten. Der „Fake News“ Vorwurf, der nicht nur von Populisten gegen traditionelle Nachrichtenmedien vorgebracht wird, scheint ein kontextabhängiges Misstrauen verschiedener Öffentlichkeiten insbesondere gegenüber professionalisierten Kurationskulturen zu spiegeln, dessen Ursachen noch nicht hinreichend erforscht worden sind.

Das Forschungsfeld 3 soll Kollegiat*innen eine Plattform für Forschungsvorhaben bieten, die sich Autoritätsverschiebungen und neuen Vertrauenskonstellationen in der amerikanischen (Zivil)religion und Kultur widmen wollen. Für die erste Förderungsphase war dieses Feld primär literatur- und kulturwissenschaftlich (Leypoldt, Schloss) und kirchen- und religionsgeschichtlich (Stievermann) orientiert. Für die zweite Antragsphase soll es um eine philosophische und sozialtheoretische Expertise erweitert werden (Schlette). Insbesondere über die Frage nach dem Institutionenvertrauen wird eine Bindung an Forschungsfeld 1 hergestellt. Verbindungen zu Feld 2 ergeben sich u.a. durch im Bereich Urbanität und Stadt (hier ist ein Austausch mit der Erfurter Kolleg-Forschergruppe Urbanity & Religion geplant). Konkret bietet sich das dritte Forschungsfeld für Arbeiten zu folgenden Themenschwerpunkten an:

- Autorität und Vertrauen in kulturellen Institutionen und Praktiken, etwa im Hinblick auf die Professionalisierung und Akademisierung des literarischen Raums und seiner verschiedenen Patronagesysteme. Wie entsteht Vertrauen in bestimmte Kanones, Genres und literarische Praktiken? Welche Lesehaltungen und „uses of literature“ (Felski 2008) erhalten besondere Legitimität, welche institutionellen Orte tragen maßgeblich zu den relevanten Legitimierungsprozessen bei?
- Inwiefern hängt die Produktion literarisch-ästhetischer Autorität mit identitätspolitischen Fragen („Anerkennung) und sozialer Gerechtigkeit (Stigmatisierung, Elitenbildung) zusammen? Wie verhalten sich kulturelle und religiöse Sakralisierungen zu sozialen und politischen Hierarchien?
- Wie lässt sich amerikanische Literatur und Kunst als Reflexionsmedium für die affektive-emotionale Seite von Vertrauens- und Autoritätsprozessen betrachten? Inwieweit sind Atmosphären des Sakralen in kulturellen und religiösen Feldern vergleichbar?
- Reaktionen auf die Herausforderungen und Probleme einer individualisierten und demokratisierten Religion, etwa in Form von biblischem Fundamentalismus, neuen religiösen Bewegungen mit charismatisch legitimierten Autoritäten und alternativen Offenbarungstexten oder auch durch Hinwendung zu nicht-christlichen Traditionen und Autoritäten (z.B. Buddhismus oder Esoterik). Welche neuen Formen und Quellen religiöser Autorität und Vertrauen bringt die „seeker spirituality“ seit den 1960er Jahren hervor?
- Die Verschränkung von Transformationen religiöser Autorität mit Fragen der institutionellen Teilhabe und der Rassenproblematik; die transformation religiöser Autorität im Prozess der Politisierung von Religion (Religious Left vs. Religious Right) und der Neuordnung des religiösen Feldes um gesellschaftspolitische und moralische Streitfragen
- Die sakralen Wurzeln des demokratischen Individualismus, spezifische Traditionsbildungen des amerikanischen demokratischen Individualismus und ihre Verbindungen mit Phänomenen der amerikanischen Zivilreligion
- Vertrauen als eine politische Kategorie zur Konzeptualisierung von Selbstautorisierungen demokratischer Gemeinwesen unter Bedingungen von Diversität und Interessenkonflikt in der politischen Philosophie der USA
- Welche Rolle spielte der Verlust von Vertrauen in die Autorität der von „White Anglo-Saxon Protestants“ dominierten Kirchenstrukturen und Deutungstraditionen bei der organisatorischen Gründung und Identitätsbildung von „ethnic churches“ sowie der afro-amerikanischen Kirchen?

Laufende und im Rahmen des Kollegs abgeschlossene Projekte betreffen u.a. autorisierte Lebensstile in der „Voluntary Simplicity Memoir“ (Elizabeth Corrao-Billeter); kulturelle Autorität in der zeitgenössischen Kriegsliteratur (David Eisler); Transformationen religiöser Autorität in den USA der Antebellumzeit (Claudia Jetter); Prestige und Autorschaft im Werk Colson Whiteheads (Valentina López-Liendo); Kanonisierung und afroamerikanische „Speculative Fiction“ (Jula Maasböhl); Religion und Vertrauen in theologischen Legitimierungen der Konföderierten (Edward Manger); transatlantische Autorität im literarischen Raum des neunzehnten Jahrhunderts (Tim Sommer); Vertrauenskonstellationen im Werk Herman Melvilles (Sebastian Tants).

Die drei hier skizzierten Forschungsfelder und die genannten Themenschwerpunkte werden bei der Ausschreibung interessierten Bewerber*innen zur Kenntnis gebracht werden. Diese haben dann die Möglichkeit, ihre Forschungsvorhaben anschlussfähig zu definieren und zu präsentieren. In der Kollegphase werden sich dann Vernetzungen innerhalb und zwischen den Forschungsfeldern ergeben. Eine Trennung der Kollegiat*innen nach Forschungsfeldern hat es freilich nicht gegeben und widerspräche dem interdisziplinären Grundgedanken des Antrages.